

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Schriftleiter:
Erich Müllinghaus, Berlin.
Verleger: **Carl Döbner 4196/4198**



Stipendium für Verlag und Schriftleitung:
Berlin O 2 61, Delft-Wilhelm-Platz 6
Distributionsstelle: Godesburg

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung ist verboten & Straftat nach dem Copyrightgesetz, wenn nicht anders vermerkt. ©. Müllinghaus 1930 Berlin.

Berlin, den 5. Februar 1930

Die schwarze Fahne in Ostpreussen.

(Von unserem Sonderkorrespondenten.)

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD, Königsberg, 5. Februar (Eig. Bericht)

Ein geheimer Reportagedienst versteht es sehr geschickt, in die deutsche Presse Nachrichten zu lancieren, wonach unter den ostpreussischen Bauern eine "revolutionäre Bewegung" aufgekommen sei und sich "lawinenartig vergrössere". In diesen Nachrichten spielt auch die aus Schleswig-Holstein bekannte schwarze Fahne nebst der gerade geschmiedeten Sense eine grosse Rolle.

Was ist an diesen Nachrichten? Tatsache ist, dass seit Beendigung der Ernte in vielen Ortschaften Umzüge von 50 bis 200 Teilnehmern stattfanden. Diesen Umzügen ist wohl auch hier und da eine schwarze Fahne vorangetragen worden. Auf den Kirchplätzen finden häufig stumme Protestfeiern statt, wobei der Pfarrer gewöhnlich ein Gebet spricht; im Anschluss daran ziehen dann die Teilnehmer vor das Kriegerdenkmal, auf den Marktplatz oder vielfach vors Landratsamt. Haben sich genügend Neugierige angesammelt, dann setzt ein Sprechchor ein:

Unsere Macht ist die Zahl.

Unsere Macht ist der geschlossene Wille.

Unsere Macht ist unser gutes Recht.

Unser Zeichen ist die schwarze Fahne der Bauernnot.

Der Fremde, der von den politischen Verhältnissen in Ostpreussen soviel weiss, dass die ostpreussischen Hakenkreuzler einen "Nationalsozialistischen Bauern- und Siedlerbund" gegründet haben, der als Bundeszeichen die schwarze Fahne mit dem Hakenkreuz und die geradegestellte Sense führt, wird leicht geneigt sein, diese Bewegung als nationalsozialistisch anzusprechen. Zweifellos haben die Hitlerleute dabei die Hand im Spiel. Als sicher kann auch angenommen werden, dass die geschilderten Umzüge ein Erfolg nationalsozialistischer Regie sind. Aber der Einfluss der Nationalsozialisten auf die Demonstranten ist doch umstritten. Das steht für den fest, der über die komplizierten Verhältnisse in den ostpreussischen Rechtskreisen unterrichtet ist.

Die Hauptorganisationen in Ostpreussen sind die Landwirtschaftskammern, die landwirtschaftlichen Zentralvereine, der Landwirtschaftsverband Ostpreussen, der Stahlhelm und die Deutschnationale Volkspartei. Die Landwirtschaftskammer verwaltet die staatlichen Dotationen. Sie hat also auf den ostpreussischen Landwirt naturgemäss grossen Einfluss. Die ostpreussische Landwirtschaftskammer hält sich offiziell neutral, tut aber nichts gegen den Unfug rechtsradikaler Agitatoren. In dem Organ der Landwirtschaftskammer kommt sogar hier und da irgend jemand zu Wort, der die Gedanken ausspricht, die den Demonstranten später in Reden präsentiert werden. Die Einstellung der landwirtschaftlichen Zentralvereine, der alten Vereine für die landwirtschaftliche Fachbildung, ist in den einzelnen Bezirken Ostpreussens durchaus verschieden. Im Bezirk Allenstein machen die Funktionäre dieser Organisation den rechtsradikalen Unfug mit. Man wird sie demnächst daran erinnern müssen, dass der Staat, gegen den sie demonstrieren und schimpfen,

einen wesentlichen Teil der Kosten für die Geschäftsführung ihres Bezirksverbandes aufbringt.

In anderen Bezirken Ostpreussens hat der Landwirtschaftsverband Ostpreussen völlig Oberwasser. Er vertritt natürlich die Politik des Reichslandbundes, scheint aber organisatorisch völlig selbständig zu sein, zumindest werden alle Spuren einer formalen Zusammengehörigkeit zum Reichslandbund geschickt verwischt. Dieser Landwirtschaftsverband Ostpreussen hat nach seinem Geschäftsbericht 45 500 Mitglieder. Da der Landwirtschaftskammer 88 400 Mitglieder angeschlossen sind, entfallen davon über 51 Prozent auf den Landwirtschaftsverband Ostpreussen. Im verflorbenen Jahr hat sich der Verband günstig weiter entwickelt. Die Zahl seiner Mitglieder stieg um 31 Prozent, aber die Fläche, die von diesen Mitgliedern bearbeitet wird, nur um 8 Prozent. Das gestattet immerhin Schlüsse auf die Entwicklung der politischen Kräfteverhältnisse in Ostpreussen. Der Landwirtschaftsverband Ostpreussen hat erst systematisch die grossen Betriebe und die Grossagrarien zusammengefasst. Nun macht er sich an die Gewinnung der kleinen Betriebe und der Bauern und man kann sagen, dass die kleinen Bauern förmlich in die Organisation hineingepresst werden. Ohne Boykott und Bedrohung scheint es in Ostpreussen eben nicht zu gehen.

Der Landwirtschaftsverband und mit ihm der Stahlhelm und die Deutschnationalen sind gegenwärtig auf Grund der Bauernumzüge in eine arge Verlegenheit geraten. Sie sind einerseits erfreut darüber, dass der "Bauer" aktiv wird. Das ist aber derselbe Bauer, dem man mit fachmännischen Mitleid belegte, wenn man bisher von landwirtschaftlichen Fragen sprach, und über dessen Rückständigkeit man sich lustig machte. Im Grunde genommen behagt ihnen die Aktivität des "Bauern" nicht. Die bisherigen Machthaber haben so ihre eigenen Sorgen, wenn sich der "aktiv" gewordene Bauer für nationalistische Ideen empfänglich zeigt. Daraus ergibt sich ihre Einstellung zu der ganzen Bewegung. Sie machen teils im Ernst mit, teils ist ihr Mittun nur Schein und in Wirklichkeit arbeiten sie gegen die Bewegung. So ist das, was man in Ostpreussen Landvolkbewegung nennt, in einem Kreis eine nationalsozialistische, im anderen eine deutschnationale, in einigen Orten steht sie unter Führung des Stahlhelms, in anderen Orten liegt sie in Händen der Funktionäre vom Landwirtschaftsverband.

Das ist gar nicht verwunderlich, sondern entspricht nur der politischen Bildung und der ökonomischen Gebundenheit der kleineren und kleinsten ostpreussischen Landwirte. Hier kann man von einer politischen Einstellung, von einer politischen Ueberzeugung überhaupt nicht sprechen. Alles gehorcht dem Impuls, alles folgt irgend einer Parole, die irgendwie und von irgendwem in die Versammlung hineingeworfen wird. Ueber die Schattierung der einzelnen rechtsradikalen Richtungen ist man sich im allgemeinen unklar. Bescheid wissen nur die Drahtzieher vom Reichslandbund, die mit den ostpreussischen Bauern bisher ihre politischen Geschäfte machten und denen die Gefahr droht, dass sie eine gefügsame Gefolgschaft an Kreisen verlieren, die sich eben noch radikaler einstellen als sie.

Was soll die Regierung gegenüber der Ostpreussenbewegung tun? Man muss mit den Leuten am Wirtstisch sitzen, Grog mit ihnen trinken und auch Grog zahlen; dann hat man sie auf seiner Seite. Wenn es Frühjahr wird und der Acker ruft, dürfte der Spuk mit der schwarzen Fahne und der geradegestellten Senae verfliegen sein. Bleiben werden dann ein paar Schlagworte von "diesem System", von der "Unfähigkeit der Marxisten", von den "blutsaugerischen Juden" und von der "grossen Zeit von ehemals". Das wirbelt im Sommer durch die Köpfe und wer im Herbst zuerst kommt und eine Versammlung macht, hat die Leute auf seiner Seite. Er muss aber schimpfen können, schimpfen über irgend etwas, ganz gleichgültig worüber.

SPD. Ein Düsseldorfer Mittagsblatt hat vor wenigen Tagen behauptet, dass Vertreter der Kommunistischen Partei mit Unterhändlern der Sozialdemokratie über den Verkauf des gesamten unbeweglichen und eines Teiles des beweglichen Eigentums der KPD in Verhandlungen stehen. Als Kaufpreis seien 15 Millionen Mark gefordert worden, die schliesslich auf 8,5 Millionen Mark reduziert worden seien. Die Unrentabilität der kommunistischen Betriebe wurde als Grund der Verkaufsverhandlungen angegeben.

Die "Rote Fahne" hat am Mittwoch sowohl die Tatsache der behaupteten Verhandlungen wie die Unrentabilität der kommunistischen Betriebe bestritten. Es sei ein Schwindel, dass das an der Spitze der KPD stehende Geheimdirektorium plane, "das gesamte Parteieigentum der KPD an Gebäuden, Druckereien usw., das einen Wert von 15 Millionen darstelle, für 8,5 Millionen ausgerechnet an die Sozialdemokratie zu verkaufen".

In seiner Mittwoch-Abendausgabe bemerkt der "Vorwärts" zu diesen Behauptungen der "Roten Fahne" unter dem Titel "Ausverkauf der K.P.D.", "dass selbstverständlich bei der Sozialdemokratischen Partei niemals die Absicht bestanden hat, Druckereien zu kaufen, um in ihnen kommunistische Zeitungen zu drucken". Es ist also ganz offenbar, dass an der Erzählung des Düsseldorfer "Mittag" manches nicht stimmen kann. Will aber nicht das Z.K. der KPD seinen Anhängern mitteilen, was an dieser Geschichte Wahrheit ist?"

Darüber hinaus erklärt der "Soz.Pressedienst": "Es steht fest, dass seit der zweiten Hälfte des Oktober die massgebende kommunistische Instanz bemüht ist, die Druckereien und Gebäude der KPD möglichst schnell zu veräussern und dass als letzter Termin dieser Veräusserung der 1. Februar in Aussicht genommen war. Es wurden zu diesem Zwecke u.a. nicht nur mit dem Hugenberg-Konzern, sondern zugleich auch mit dem Elbmühl-Konzern in Wien Verhandlungen geführt, in deren Verlauf eingehende Besichtigungen der kommunistischen Druckereibetriebe und Kontrollen stattfanden, die insbesondere einen genauen Überblick über die Verschuldung der KPD gestatten."

Es kann jedenfalls kein Zweifel darüber bestehen, dass ein Konsortium von wenigen Personen innerhalb der KPD heute in der Lage ist, das gesamte Vermögen der Kommunistischen Partei zu verschachern und dieses Konsortium entschlossen war, über den Kopf der kommunistischen Funktionäre hinaus von diesem Recht Gebrauch zu machen."

SPD. Warschau, 5. Februar (Eig. Drahtb)

In der Generaldebatte des Sejm zum Haushaltsplan griffen die Oppositionsparteien die einseitige und tendenziöse Berichterstattung der offiziellen polnischen Telegraphenagentur, die mit dem deutschen Wolf-Büro ihr Material austauscht, sehr scharf an. Ministerpräsident Bartel erklärte dazu in einem Schreiben an den Sejmmarschall, dass die Agentur seit seiner Regierungszeit volle Objektivität wahre. Demgegenüber wies Sejmmarschall Daszinski jedoch nach, dass auch in letzter Zeit mehrere Meldungen der Telegraphenagentur der Wahrheit nicht entsprochen haben. Die Bauernpartei stellte daraufhin den Antrag auf Streichung des Subventionsfonds für die polnische Telegraphenagentur.

SPD. Der Reichsrat hat am Mittwoch dem Young-Plan mit 48 gegen 6 Stimmen bei 12 Enthaltungen seine Zustimmung erteilt. Gegen das Gesetz stimmten nur die vier Ostprovinzen Preussens: Ostpreussen, Brandenburg, Pommern und Niederschlesien sowie das Land Thüringen. Enthaltung übten die Vertreter Bayerns- und Mecklenburg-Schwerins.

+ + +

In seinem Bericht über die Haager Ergebnisse stellte der Generalbericht-erstatte Ministerialdirektor Dr. Brecht zunächst fest, dass der Durchschnitts-wert der Annuitäten nach dem Neuen Plan einschliesslich der Zahlungen an die Vereinigten Staaten ohne die Dawesanleihe für die ersten 37 Jahre 1922,7 Mil-lionen (für die ganze Zeit 1887 Millionen) beträgt, also mit der Dawesanleihe etwas unter 2 Milliarden Mark. Die Entlastung für 1929 beträgt, wenn man die Zahlungen an Belgien und den einmaligen Beitrag für die Kommissionen berück-sichtigt, 618,3 Millionen, für 1930 685,1 Millionen Mark. Der Gegenwartswert der ganzen Reparationsschuld berechnet sich auf rund 34 Milliarden RM zu 5 ½ %. Diese Rechnungsart ist richtig. Man kann nicht statt dessen die Annui-täten einfach addieren und sagen, dass unsere Schuld 100 Milliarden beträgt. Die jetzige Bemessung der Gesamtschuld auf rund 34 Milliarden Gegenwartswert erinnert an das Angebot der Regierung Fehrenbach-Simons im März und April 1921 in London, das auf 50 Milliarden Goldmark abzüglich der bisherigen deutschen Vorleistungen ging, wobei nach deutscher Rechnung eine Schuld von etwa 30 Mil-liarden Gegenwartswert übrig geblieben wäre. Die Gläubigermächte wiesen damals dieses Angebot, man kann wohl sagen, mit Hohn und Spott zurück und verlangten statt dessen 132 Milliarden Goldmark in Annuitäten, die ab 1929 5 Milliarden und ab 1932 6 Milliarden betragen sollten. Das Nein der damaligen deutschen Regierung beantworteten sie mit der Besetzung weiterer deutscher Städte. Erst auf dem Umweg über die Erfüllungspolitik gelang es allmählich, der Welt die Grenzen des Möglichen etwas mehr zum Bewusstsein zu bringen. Die jetzt ver-einbarten Annuitäten sind immer noch so hoch, dass auch von uns niemand die Verantwortung übernehmen kann, ihre Aufbringung und noch weniger ihren Trans-fer als gesichert zu betrachten. Wir haben in dieser Hinsicht die grössten Zweifel. Für unsere Entscheidung kommt es aber nicht nur auf die absolute Höhe der Annuitäten an, sonst würden wir das Abkommen ablehnen. Es ist und bleibt in der Geschichte ohne Vorgang, dass ein Volk neben seinen eigenen Kriegskosten eine solche Kriegsschuld zahlen soll. Aber die Annuitäten sind doch wesentlich geringer als die, zu denen wir zurzeit auf Grund des Londoner Abkommens von 1924 verpflichtet sind. Lehnen wir den neuen Vertrag ab, so bleibt bis auf weiteres der alte in Kraft. Das ist der Kernpunkt. Mit der Annahme des neuen Planes hört die unwürdige finanzielle Kontrolle auf. Die Reparations-Kommis-sion fällt fort und der damit zusammenhängende Verwaltungsapparat.

Vier Gründe, und zwar 1. die sofortige Ermässigung der Gesamtannuität um zunächst rund 700 Millionen, 2. die Möglichkeit, bei weiterer ungünstiger Wirtschaftsentwicklung neue Verhandlungen herbeizuführen, 3. die wirtschaftlich katastrophalen Folgen einer Ablehnung, 4. der Fortfall der Finanzkon-trolle, veranlassen die Ausschüsse, trotz der ungeheuren Gesamtlast die Zustim-mung zu dem Abkommen zu empfehlen. Zu diesen finanziellen Gründen kommt die Räumung des Rheinlandes bis zum 30. Juni d.J. Die Ausschüsse haben sich ferher davon überzeugt, dass nach dem neuen Abkommen die Sanktionsklausel des Ver-sailler Vertrages hinfällig wird. Es gibt danach keine einseitigen Sanktionen mehr, zu deren Duldung wir vertraglich verpflichtet sind. Die "Zerreissungs-klausel" ist keine einseitige Klausel mehr, sondern im Gegenteil die umständ-liche Beurkundung des Gegenseitigkeitsgedankens, dass in dem hypothetischen Fall, wenn Deutschland sich gewaltsam die volle Handlungsfreiheit nehmen würde, im Rahmen des Völkerrechts die anderen auch ihrerseits die volle Handlungs-freiheit haben. Wir bedauern, dass es nach der Vorgeschichte für notwendig gehalten wurde, diese peinliche Formulierung völkerrechtlicher Selbstverständ-lichkeiten zu unternehmen. Die Hauptsache ist aber für uns, dass damit die Sank-tionsklausel beseitigt ist. Die bisherige internationale Bindung der Ver-hältnisse von Reichsbahn und Reichsbank wird wesentlich gemildert. Beide werden jetzt reindeutsche Unternehmen mit rein deutschen Vorständen und Verwaltungs-räten. Es wurde angeregt, von nun an die Gehälter des Verwaltungs- und General-rats den Beamtengehältern anzupassen. Das Abkommen mit den Vereinigten Staa-ten enthält keine Nebenlast. Es beschränkt sich darauf, den amerikanischen

Teil der Gesamtannuität im Durchschnittswert von etwa 60 Millionen jährlich zur direkten Zahlung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten abzutrennen.

Ministerpräsident Held bedauerte im Namen der bayerischen Staatsregierung, dass im Ausschuss der bayerische Vertagungsantrag abgelehnt worden sei. Die Finanzlage des Reiches, der Länder und Gemeinden treibe einer Katastrophe zu. Ohne eine vorherige Sanierung sei es unmöglich, das Haager Abkommen zu erfüllen. Überdies sei dieses Abkommen wiederum auf der Kriegsschuldfrage aufgebaut. Der innere Zusammenhang zwischen dem Haager Abkommen und der inneren Finanzreform sei unverkennbar. Eine Zustimmung zum Haager Abkommen wäre nicht zu verantworten, wenn nicht im gleichen Zeitpunkt mindestens Vorsorge für eine innere Sanierung der öffentlichen Finanzen des Reiches, der Länder und der Gemeinden getroffen sei. Die Bayerische Staatsregierung betrachte das Haager Abkommen und die Sanierung als eine untrennbare Einheit und müsse beantragen, dass beides gleichzeitig behandelt und verabschiedet werde.

Reichsaussenminister Dr. Curtius: Der Vorredner hat gesagt, das neue Abkommen sei auf der Kriegsschuldfrage aufgebaut. Dazu habe ich zu erklären: 1.) Die gegenwärtige Reichsregierung hat wie alle anderen stets gegen das Kriegsschuld-Urteil des Versailler Vertrages protestiert, und wird alles daran setzen, um die Wahrheit ans Licht zu bringen. 2.) Die deutsche Reichsregierung hätte niemals einen Vertrag vertreten, der die Anerkennung dieses Kriegsschuld-Urteils in sich geschlossen hätte.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer verweist auf seine letzte Reichstagsrede über die energischen Bemühungen der Reichsregierung, schleunigst die Reichskasse zu sanieren und eine durchgreifende Reichsfinanzreform vorzubereiten. Die Arbeiten sind weitgehend gefördert. Ende nächster Woche werde ich mit den Finanzministern der Länder beraten vor allem über die Beseitigung der Kassennot. Die Sanierung für den Etat 1930 berührt aber den Finanzausgleich sehr stark. Dieser Finanzausgleich erfordert eine gründliche Arbeit, wenn er zu dem gewünschten Ziel der Entlastung der Wirtschaft führen soll. Überdies ist die Voraussetzung für eine Sanierung die vorherige Annahme des Youngplanes. Die Reichsregierung muss dem bayerischen Antrag widersprechen, weil eine Vertagung sich unter Umständen auf sehr lange Zeit erstrecken müsste oder die Finanzreform in einem so überstürzten Tempo vorgenommen werden müsste, dass die Interessen der Länder dabei sehr gefährdet werden.

Der bayerische Vertagungsantrag findet nicht die erforderliche Unterstützung, sodass er nicht zur Abstimmung gestellt werden kann.

Der Gesandte für Mecklenburg-Schwerin erklärt, seine Regierung könne dem Haager Abkommen nicht zustimmen, weil darin Deutschland unerträglich belastet werde und die Saarfrage noch nicht gelöst sei. Mecklenburg-Schwerin werde aber auch nicht dagegen stimmen, um nicht den Anschein zu erwecken, als wollte es die Befreiung deutscher Gebiete von fremder Besatzung verzögern.

Für die preussischen Provinzen Ostpreussen, Pommern, Brandenburg und Niederschlesien gibt der deutschnationale Frhr. v. Gayl eine Erklärung des Inhalts ab, dass die Vertreter der genannten Provinzen nach sorgfältiger Prüfung des Für und Wider den neuen Plan und die damit zusammenhängenden Vorläufe ablehnen. "Unsere Bedenken, so heisst es in der Erklärung, können um so weniger zurückgestellt werden, als uns die für die Durchführung des Planes notwendige Umstellung der gesamten Wirtschafts- und Finanzpolitik bisher keineswegs gewährleistet erscheint. Wir sind ferner der Auffassung, dass die erwünschte und erhoffte Befriedung der Welt durch den neuen Plan nicht durch einseitige und unerfüllte Opfer Deutschlands herbeigeführt werden kann, sondern dass auch die übrigen beteiligten Mächte ihren Anteil an der Liquidation des von Deutschland weder gewollten noch verursachten Weltkrieges zu übernehmen haben. Diese gerechte Forderung ist in dem neuen Plan wiederum nicht erfüllt worden."

Die thüringische Regierung lässt erklären, dass Thüringen das Haager Ab-

kommen ablehne.

Die Regierung des Freistaates Sachsen erklärt, sie stimme trotz schwerer Bedenken dem Haager Abkommen zu in der Voraussetzung, dass auch die Länder an den aus dem Youngplan entstehenden Erleichterungen beteiligt werden.

Ministerialdirektor Dr. Hammer erstattet nach der Abstimmung über den Youngplan den Bericht der Ausschüsse über das mit dem Haager Abkommen zusammenhängende Reichsbankgesetz. Die Ausschüsse haben einstimmig an der Unabhängigkeit der Reichsbank und ihrer Leitung festgehalten. Sie empfehlen Annahme der unveränderten Vorlage und eine Entschliessung, in der die Reichsbank ersucht wird, auch den Kapitalbedarf in den entlegeneren Reichsgebieten mehr als bisher zu befriedigen.

Bürgermeister Scholz begründet einen Änderungsantrag der Stadt Berlin. Danach sollen Schuldverschreibungen inländischer kommunaler Körperschaften ebenso behandelt werden wie die des Reiches oder der Länder. Der Antrag Berlin wird mit 38 gegen 25 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Reichsaussenminister Dr. Curtius erklärt, dass sich die Reichsregierung in diesem Punkte eine Doppelvorlage vorbehalte. Das Reichsbank-Gesetz wird schliesslich mit der dazu beantragten Entschliessung in einfacher Abstimmung angenommen.

Ohne Aussprache wird ferner das Reichsbahn-Gesetz mit Mehrheit angenommen, ebenso das deutsch-amerikanische Schulden-Abkommen. Angenommen wurde zum Schluss noch das deutsch-polnische Liquidationsabkommen und zwar mit 43 gegen 12 Stimmen bei 11 Enthaltungen. Ein Antrag Ostpreussens auf Ablehnung des Abkommens wurde abgelehnt.

SPD. Paris, 5. Februar (Eig. Drahtb.)

Tardieu ist am Mittwoch nach London abgereist. Er hat nach seiner grossen Rede in Calais doch darauf verzichtet, im Plenum der Kammer seinen angekündigten energischen Appell zur Beschleunigung der Budgetberatungen zu erlassen. Augenscheinlich haben ihm der Verlauf seiner Aussprache mit den Mehrheitsparteien, der Konflikt mit dem Präsidenten der Gruppe der radikalen Linken, Daniélou und die neuen Schwierigkeiten mit der äussersten Rechten wegen der Frage der Sozial- und Schulgesetzgebung die Lust dazu genommen.

Wie schwierig die Position des Ministerpräsidenten der eigenen Mehrheit gegenüber bereits geworden ist, zeigt der Umstand, dass es ihm inzwischen nur durch eine sehr verwegene Interpretation der Haager Vereinbarungen gelungen ist, den Zorn der Marin, Mandel und Genossen wegen der Preisgabe des Artikels 430 zu beschwichtigen. Die ihm von der Rechtspresse in den Mund gelegte Erklärung, die Haager Vereinbarungen gäben Frankreich das Recht, "im Falle einer vom Haager Schiedsgericht festgestellten böswilligen Zahlungseinstellung Deutschlands einige Häfen oder Gruben, oder gar das ganze Rheinland wieder zu besetzen, ohne dass Deutschland darin einen feindseligen Akt sehen dürfte", wird uns von unterrichteter Seite als apokryph bezeichnet und dürfte wohl von zuständiger Stelle dementiert werden. Immerhin scheint Tardieu, dem der drohende Zusammenbruch seiner Mehrheit offenbar stark auf die Nerven gefallen ist, mit dem Text der Haager Protokolle sehr willkürlich umgesprungen zu sein.

SPD. Die von der Berliner politischen Polizei im Zusammenhang mit der Festnahme des Kommunisten "Ali" (S. Aus aller Welt) verhafteten Inhaber der Inseratenexpedition für KPD-Organen Willi Sander und Theodor Will gehören zu den reichsten Männern, die heute die KPD aufzuweisen hat. Ihr jährliches Einkommen geht in die Hunderttausende, da sie an jedem Dauerinserat kommunistischer Zeitungen prozentual beteiligt sind.

Aus kleinen Anfängen heraus - Will wurde während der Inflation von der kom

unistischen Bezirksleitung Köln wegen Unfähigkeit als Sekretär entlassen -- haben beide es mit einem Heer von Angestellten verstanden, in Wettbewerb mit Münzenberg und vielfach auf ihn gestützt ein Riesenvermögen zu erwerben, das nur zum geringsten Teil für kommunistische Propaganda zur KPD zurückfließt. Sowohl Sander wie Will haben schon vor Jahren im Norden Berlins ein Villengrundstück erwerben können, auf dem die führenden Grössen der KPD häufig zu Gaste waren und Schlemmergelage führten. Dabei ging es regelmässig hoch her. Mit Will und Sander pflegte u.a. auch der zweite Bundesführer des Roten Frontkämpferbundes, der Reichstagsabgeordnete Loew eifrigen Verkehr. Gegen Loew hat die kommunistische Oppositionspresse unter Anführung von Einzelheiten wiederholt die Anklage erhoben, dass er sich an Organisationsgeldern vergriffen und diese in Berliner Vergnügungslokalen in Damenbegleitung verpulvert habe.

Will und Sander beabsichtigen durch ihre Anwälte einen Antrag auf Haftentlassung stellen zu lassen und im gegebenen Falle jede gewünschte Kautionszahlung zu zahlen.

SPD. München, 5. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Kulmbacher Mordaffäre Meussdörffer steht noch immer im mysteriösen Zwielficht,

Um die Unschuld des verhafteten Kommerzienrates Heinrich Meussdörffer nachzuweisen, hat seine Familie alle erdenklichen Anstrengungen gemacht, die zuletzt zu den mit Geld erkaufenen Geständnissen der Arbeiter Schubert und Popp geführt haben. Überraschend ist dabei, dass die Staatsanwaltschaft in das Vorgehen der Familie eingeweiht war, es sogar billigte und sich noch durch eine Amtsperson in den Vorgang des Geldangebots einschaltete. Die Bayreuther Gerichtspressestelle gibt das ausdrücklich zu. Sie erklärt aber gleichzeitig, dass ihr durch das Mordgeständnis der beiden Arbeiter der ganze Fall noch keineswegs geklärt erscheint. Das Geständnis sei in vielen Einzelheiten so unklar und widersprechend, dass die Glaubwürdigkeit angezweifelt und nachgeprüft werden müsse. Völlig ungeklärt sei nach wie vor das merkwürdige Verhalten des mordverdächtigen Kommerzienrats beim erstmaligen Betreten des Schlafzimmers seiner Frau und nach deren Tode. Die Familie Meussdörffer hat inzwischen ebenfalls eine Darstellung veröffentlicht, die den ganzen Hergang der Mordtat mit allen Einzelheiten enthält. Demgegenüber verweigert der Staatsanwalt die Bekanntgabe näherer Einzelheiten mit der Begründung, dass dies im gegenwärtigen Zeitpunkt dem Untersuchungszweck zuwiderlaufe.

Das Verhalten der Bayreuther Gerichtsbehörde gibt in bezug auf die Aufklärung der Mordaffäre zu zweifellos starken Bedenken Anlass.

SPD. Paris, 5. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Teuerungskommission des Kabinetts Tardieu, der u.a. auch der Kriegsminister und der Polizeipräsident von Paris als besonders kompetente Fachleute angehören, hat von Tardieu den Auftrag erhalten, bis zum 15. Februar die Mittel ausfindig zu machen, die die Teuerung auf gesetzlichem Wege aus der Welt schaffen. In ihrer Not hat die Kommission bisher nichts Besseres gewünscht, als die alte Preisprüfungskommission Poincarés, die nach mehreren erfolglosen Beratungen seit über zwei Jahren in einen todesähnlichen Schlaf versunken ist, wieder zum Leben zu erwecken.

SPD. Der Reichsrat hat am Mittwoch das Haager Abkommen und die damit in Zusammenhang stehenden Gesetze sowie das deutsch-polnische Liquidationsabkommen angenommen. Die Reichsminister Curtius und Moldenhauer haben das Abkommen vor dem Plenum des Reichsrats gegen die opponierenden Länder verteidigt.

Es ist selbstverständlich, dass mit einer Ablehnung des Abkommens auch die gegenwärtige Reichsregierung fallen würde. Trotzdem haben zwei Länder, in denen die Deutsche Volkspartei in der Regierung vertreten ist, sich gegen das Abkommen gewandt: Thüringen und Mecklenburg-Schwerin. Das erstere Land hat ausdrücklich gegen das Abkommen gestimmt, das zweite liess erklären, dass es nicht zustimme, sondern sich der Stimme enthalte.

Für die volksparteilichen Minister im Reich ist das Abkommen eine Kabinettsfrage, für die Volkspartei in Thüringen und Mecklenburg aber nicht. Die Volkspartei gibt den Rechtsregierungen in beiden Ländern ihre Unterstützung und damit erst die Möglichkeit der Existenz, obgleich diese Regierungen in der wichtigsten Frage der deutschen Politik, die für die Zukunft richtunggebend ist, gegen die Reichspolitik der Volkspartei, gegen die Minister der Volkspartei im Reiche entschieden haben.

Die für die Volkspartei fatale Schlussfolgerung daraus ist, dass ihre Reichsminister offenbar nur einen Teil ihrer Partei in der wichtigsten politischen Frage hinter sich haben.

SPD. Genf, 5. Februar (Eig. Drahtb.)

Auf Vorschlag des Präsidenten des Verwaltungsrats wurde die Behandlung des Antrages Danzigs auf Aufnahme in die internationale Arbeitsorganisation auf die Tagesordnung der nächsten Tagung im April gesetzt. Das Danziger Aufnahmegesuch ist dem Verwaltungsrat von der polnischen Regierung ohne Kommentar zugestellt worden aber mit der Bemerkung, dass Polen später zu der Frage Stellung nehmen werde. Danzig verlangt seine Aufnahme aufgrund der Tatsache, dass es ein hochindustrieller Staat sei. Von 400 000 Einwohnern seien 116 000 Arbeiter und Angestellte.

Es besteht im Arbeitsamt und im Völkerbundssekretariat eine gewisse Neigung, über die Frage ein Gutachten des Haager Gerichtshofes einzuholen. Ein solches Gutachten scheint vor allem deswegen notwendig, um die Frage zu klären, ob Polen bei einer eventuellen Aufnahme Danzigs aufgrund des Artikels 104 des Friedensvertrages das Recht hätte, die Regierungsvertreter Danzigs zu ernennen oder zu bestätigen.

SPD. In der neuen Thüringischen Regierung, die kaum 14 Tage am Ruder ist, scheint es bereits zu knistern. Es scheint zu knistern dank der Tätigkeit des Putschisten Frick, jenes Nationalsozialisten aus Bayern, der nur mit Hilfe der Deutschen Volkspartei die Würde eines thüringischen Innenministers erlangen konnte.

Dieser Putschist Frick hat zwar die vor seiner Wahl zum Minister tagtäglich von ihm besudelte Verfassung von Weimar beschworen und sich zu den im Thüringischen Landtag auch ohne ihn beschlossenen Gesetzen bekannt, aber in der Praxis tut er als ob weder das eine noch das andere wahr wäre. Er "regiert" wie es ihm passt nach den Methoden eines kleinen bayerischen "Oberamtmannes", der er vor seiner Berufung nach Thüringen war. Die volksparteiliche Presse heult bereits auf, spricht wie z.B. die "Kölnische Zeitung" in einem Telegramm aus Weimar von einer "Nebenregierung", die Frick durch die Berufung wilder Nationalsozialisten in das Volksbildungsministerium zu etablieren gedenkt und gibt schliesslich der Erwartung Ausdruck, dass Frick "ein derartiges Regime" "diktatorischer parteipolitischer Massnahmen" "auf längere Sicht"

nicht ermöglicht wird.

So die massgebende volksparteiliche Presse. Was aber tut die volksparteiliche Fraktion des Thüringischen Landtags? Vor allem aber, was gedenkt der Vorstand der Deutschen Volkspartei zu tun, um seine Politik und die Reichsminister der Volkspartei nicht länger von deutschnationalen Volksparteilern desavouieren zu lassen?

SPD. München, 5. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Prozess um Hitlers ausländische Geldquellen vor der Münchener Strafammer nimmt einen ungewöhnlichen Umfang an. Das hat seinen Grund hauptsächlich in dem Bestreben der sozialdemokratischen Beklagten, endlich einmal Licht in das Dunkel der ausländischen Finanzquellen der Hitler-Bewegung zu bringen.

Den Höhepunkt der bisherigen Verhandlungen bildete die Zeugenaussage des Berliner Journalisten Werner Abel, der im Jahre 1923 Verbindungsmann des ostpreussischen vaterländischen Kartells in München war, und der trotz seiner Jugend Eingang bei fast sämtlichen massgebenden Persönlichkeiten Münchens gefunden hatte. Abel bekundete unter Eid, Kenntnis von Verhandlungen Hitlers mit italienischen faschistischen Kreisen in München zu haben, wobei Hitler eindeutige Zugeständnisse hinsichtlich seiner Politik in der südtiroler Frage gemacht habe, nachdem ihm als Gegenleistung finanzielle Unterstützung mit faschistischen Lire angeboten wurde. Hitler und sein Verteidiger bemühten sich kampfhaft, den Zeugen Abel zu entkräften, ihn als unzurechnungsfähig, unglaubwürdig und meineidverdächtig hinzustellen und stellten zu diesem Zweck umfangreiche Beweisangebote. Aber auch die Gegenseite wartete mit Beweisanträgen auf, die die Richtigkeit der Darlegungen Abels erhärten sollen. Unter dem angebotenen Beweismaterial befindet sich auch der Brief einer Italienerin an Adolf Hitler, worin diese ihn ersucht, für die Rückzahlung der seinem Vertreter in Italien, Lüdecke, im Jahre 1923 für die Münchener Hitlerbewegung gegebenen 5 000 Lire zu sorgen.

Nach längeren Beratungen beschloss das Gericht am Mittwoch die Verhandlung auszusetzen, um die vielen auswärtigen Zeugen in der nächsten Zeit kommissarisch zu vernehmen. Gräfe, der schon während der Vorverhandlungen versucht hatte, sein Verfahren abzutrennen und dies im Laufe des Prozesses wiederholte, erklärte sich schliesslich zu einem separaten Vergleich mit Hitler bereit. Zu der neuen Verhandlung, deren Termin noch nicht feststeht, werden etwa 20 Zeugen geladen, darunter General Ludendorff, Reichstagsabgeordneter Göring, der Fememörder Leutnant a.D. Heine und der ehemalige Sturmtruppführer Hitlers, Rosbach.

SPD. Im Jorns-Prozess wurden am Mittwoch der Kommunist Pieck und der Mörder der Rosa Luxemburg der Arbeitslose Runge vernommen.

Pieck ergeht sich zunächst in uferlosen Schmähreden gegen die damaligen sozialdemokratischen Regierungsvertreter. Nachdem ihm der Vorsitzende eine Weile geduldig zuhört, unterbricht er ihn mit dem Hinweis darauf, dass er eigentlich immer dasselbe sage, nur mit anderen Worten und seine politischen Auslassungen gar nicht zur Sache gehörten. Darauf will der Zeuge Stellen aus einer kommunistischen Broschüre vorlesen, was ebenfalls dankend abgelehnt wird. Endlich berichtet er, was er damals im Eden-Hotel erlebt hat. Er war zusammen mit seinen Freunden Liebknecht und Luxemburg bei dem Kaufmann Marcussohn in Wilmersdorf durch Mitglieder der Einwohnerwehr verhaftet und mit einem Auto in das Hotel gebracht worden. Die Herren Offiziere empfangen Frau Luxemburg mit Zoten und Pöbeleien und bedachten auch ihn damit. Schon in diesen Zeitpunkt fielen Äusserungen wie: "Die dürfen nicht lebend heraus-

kommen!" Man führte ihn die Treppe hinauf und befahl ihm, sich mit dem Gesicht gegen die Wand auf den Korridor zu stellen. Er hört Rufe: "Pfui Lieb- knecht!" - später: "Die Luxemburg!" dreht sich um und sieht, wie ein Zimmer- mädchen die Treppe heraufkommt, einer Kollegin in die Arme fällt und hervor- stösst: "Ich werde den Eindruck nicht mehr los, die man die Rosa Luxemburg niedergeschlagen hat!" Inzwischen kommt ein Soldat in Begleitung eines Offi- ziers in einer Lederjacke herauf und dieser Offizier schickt die beiden Posten weg. Auf zweimaligen Befehl des Offiziers - es war ein gewisser Krull - sich nach der Wand umzudrehen, gehorcht er nicht. Dann bemerkt er, wie der Soldat an seinem Gewehr bastelt. Er tritt auf ihn zu mit den Worten: "Kamerad, schiess nicht, ich habe noch eine Aussage zu machen!" Der Soldat ruft: "Vorwärts Marsch!" Diese Gelegenheit ergreift Pieck, um in das Zimmer zu rennen, an dessen Tür "Major Pabst" steht. Er stellt sich dem erstaunten Offizier vor als bürgerlicher Journalist, der ein Manuskript von Liebknecht erhalten habe. Pabst lässt ihn, um die Wahrheit seiner Aussage festzustellen, einstweilen durch zwei Offiziere abführen. So gelangt er aus dem Hotel - zunächst in ein Depot, später auf das Polizeipräsidium. Schliesslich gelingt es ihm zu entflie- hen. Zwischen dem Abtransport Liebknechts und der Mitteilung des Zimmermäd- chens über Rosa Luxemburg sei eine Viertel- bis eine halbe Stunde vergangen.

Eine Überraschung brachte die Vernehmung des Runge, der seinen Namen in "Radlof" geändert hat. Die beiden Brüder Leppmann, erfahrene Gerichts- ärzte, haben sich als Sachverständige sehr skeptisch über ihn geäußert: sie haben ihn als schwer pathologischen Lügner, Phantasten, Hysteriker, hingestellt. Man könne nur das von seinen Aussagen glauben, was durch andere bestätigt wer- de. Aber was der Mann aussagt, hat alles Hand und Fuss. Mit jener einpräg- samen Knappheit, die dem Manne aus dem Volk eigen ist, wenn er einen Hergang schildert, gibt Runge den ganzen Hergang wieder. Die Behauptung aus seiner Vernehmung in erster Instanz, dass er ein persönlicher Feind Liebknechts ge- wesen sei, der ihn einmal mit der Pistole in der Hand zur Teilnahme an einem Streik gezwungen habe, nimmt er ausdrücklich und in aller Form zurück. Das ist ihm von seinen Begleitern auf dem Transport ins Gefängnis eingetrichtert wor- den. Ein "richtiges Protokoll" habe Jorns in seiner ersten Vernehmung über- haupt nicht aufgenommen: der Inhalt des 8½ Seiten langen von ihm unterzeich- neten Schriftstückes ist ihm von seinen Transportbegleitern bereits beige- bracht worden. "Herr Jorns weiss schon Bescheid" haben sie zu ihm gesagt.

Auch dass seine Frau kein Geld bekommen und er von den Offizieren keinen Befehl empfangen habe, stammt von jenen Transportgefährten. Die Befehle, Liebknecht und Frau Luxemburg zu töten, kamen von Kapitänleutnant von Pflugk- Hartung. Der Befehl, Pieck zu erschiessen - er gibt den Hergang auf dem Hotel- korridor genau übereinstimmend mit Piecks Schilderung wieder - stammte von Hauptmann Pabst.

Seine Versetzung von den 2. Jägern zum 8. Musarenregiment in Flensburg war das Werk seines späteren Militärrichters, des Kapitänleutnant Canaris, der ihm für seine Flucht 5 000 Mark einhändigen liess. Canaris hat ihn, zusammen mit den gefangenen Offizieren, im Zellengefängnis Moabit bearbeitet, wie er seine Aussagen zu machen habe, um die Offiziere nicht zu belasten. Gleichzeitig hat man ihm gedroht, man werde, wenn er anders aussage, ihm "eine Handgranate an den Hals binden".

Das ist der Jäger Runge, der, solange es irgend ging, der Verhaftung ent- zogen wurde durch denselben Pabst, an den Jorns seine Verfügungen weiterge- leitet hat. Bis tief in den März hinein dauerte die Narrenkomödie dieser "Un- tersuchung". Die Entführung des Leutnant Vogel mit Hilfe eines gefälschten Aus- weises gehört mit in diese Farce. Jorns antwortet als man ihn fragt, warum er sich nicht um den Vorfall mit Pieck, dem beinahe-Ermordeten, nicht ge- kümmert habe: "Das ging nur die Zivilgerichtsbarkeit an. Was vor der Tat ge- schah, stand in keinem Zusammenhang mit dem, was folgte." Der geistesschwache, schwer pathologische Runge erklärt: "Wenn die Offiziere das missbilligt hätten,

was in der Vorhalle des Eden-Hotels geschehen ist, hätte man mich als Posten vom Fleck weg verhaften müssen." Dem Herrn Kriegsgerichtsrat Jorns ist dieses Bedenken nicht gekommen.

SPD. Genf, 5. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts nahm am Mittwoch mit 15 gegen 5 Stimmen eine englisch-französische Entschliessung an, die besagt, dass die Frage der Arbeitszeit im Kohlenbergbau auf der Arbeitskonferenz von 1930 behandelt werden soll. Die Entschliessungen der Vorkonferenz der Kohlenländer sollen bei den Beratungen berücksichtigt werden. Dafür stimmten die Arbeitnehmer mit Ausnahme des Schweden, von den Regierungsvertretern stimmte u.a. auch der deutsche für die Entschliessung. Der Verwaltungsrat beschloss ferner, dass das Arbeitsamt zur Arbeitskonferenz von 1931 ein Gutachten über die Lohnfrage im Kohlenbergbau fertigstellen soll.

Der Verwaltungsrat wandte sich im weiteren Verlauf seiner Beratungen der Tagesordnung der Arbeitskonferenz von 1931 zu, mit der die Frage, ob die nächste Seeschiffahrtskonferenz schon Ende 1930 oder erst 1931 abgehalten werden soll und ob eventuell die Seemannsfragen auf die Tagesordnung der allgemeinen Konferenz von 1931 übernommen werden sollen, verbunden wurde. Es wurde entschieden, dass 1930 keine Marinekonferenz stattfindet. Die Frage, ob die Marinekonferenz mit der allgemeinen Konferenz zusammengelegt werden soll, wurde auf April vertagt. Gegen die Arbeitnehmer wurden schliesslich - bei Stimmengleichheit - entschieden, dass nur eine Frage der Tagesordnung von 1931 zuzufügen ist, und zwar das Zulassungsalter der Kinder in nicht industriellen Betrieben. Es soll u.a. die Kinderbeschäftigung in kinematographischen Aufnahme-Ateliers, sowie in Theatern und Variétés geregelt werden.

SPD. London, 5. Februar (Eig.Drahtb.)

Der drohende Kampf zwischen Ober- und Unterhaus ist am Mittwoch nachmittag vorläufig beigelegt worden. Der Führer der Opposition, Lord Salisbury, verkündete im Oberhaus, dass die Beschränkung der Geltungsdauer der Arbeitslosenversicherungsgesetze auf drei Jahre einen Sieg des Oberhauses "im Prinzip" darstellt und das Oberhaus daher gegen den Gesetzentwurf keinen weiteren Einspruch erheben wird. Im Laufe der kurzen Debatte wurde jedoch deutlich, dass der Kampf binnen kurzem, und zwar voraussichtlich bei der Frage der Erhöhung des schulpflichtigen Alters auf 15 Jahre, von neuem entbrennen wird.

SPD. Mexiko-City, 5. Februar (Eig.Drahtb.)

Der neue mexikanische Staatspräsident Ortez Rubio übernahm am Mittwoch sein Amt. Der feierliche Staatsakt der Uebernahme fand im Nationalstadion statt. Der Feier wohnten das Parlament, sämtliche hohe Regierungsbeamte, die Militärschefs, das diplomatische Korps und mehr als 50 000 Zuschauer bei. Im Anschluss an die Zeremonie überbrachten die Diplomaten dem neuen Präsidenten die Glückwünsche ihrer Länder.

Der neue Präsident verlas nach Ablegung des Amtseides sein Regierungsprogramm. Er betonte besonders die sozialen Aufgaben der neuen Regierung und die freundschaftlichen Beziehungen Mexikos zu Amerika.

SPD. Paris, 5. Februar (Eig.Drahtb.)

Die Affäre Kutiepow scheint doch diplomatische Rückwirkungen haben zu sollen. Der erste Botschaftsrat der Sowjetbotschaft in Paris, Ahrens, der zur Berichterstattung über die Affäre nach Moskau gereist ist, dürfte nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren. Er soll zum Direktor im Kommissariat für die auswärtigen Angelegenheiten ernannt werden. Ahrens gilt in Paris als der besondere Vertrauensmann der GPU. Er war deshalb besonders scharfen Presseangriffen ausgesetzt, da man in ihm den Drahtzieher für die angeblich von der Tscheka durchgeführte Entführung des Generals Kutiepow sah.

SPD. London, 5. Februar (Eig.Drahtb.)

Der Führer der Opposition im Unterhaus, Baldwin, entwickelte am Mittwoch in einer Delegiertenversammlung der konservativen Organisationen die Gesichtspunkte, von denen sich die konservative Politik im gegenwärtigen Augenblick leiten lasse.

Baldwin bezeichnete die Lage der Opposition als schwierig, da sie ihre Verpflichtungen als Opposition mit ihren Pflichten gegenüber der Nation und der Notwendigkeit, dass irgend jemand regiere, in Uebereinstimmung bringen müsse. Er wandte sich hierauf gegen die Arbeiterregierung, die es dulde, dass die russische Presse eine feindselige Kampagne gegen Grossbritannien führe und tadelte Henderson wegen der angeblichen Geheimdiplomatie in den englisch-russischen Verhandlungen. Ferner beschuldigte er die Regierung, den Verfolgungen der Religion in Russland teilnahmslos gegenüberzustehen.

Im übrigen entrollte Baldwin wieder einmal das Banner des Industrieschutzes, wandte sich gegen jede Vermehrung der Staatsausgaben, für welche Zwecke es auch sei und prophezeite zum Schluss einen Wahlsieg der konservativen Partei innerhalb der nächsten zwei Jahre.

SPD. Schwerin, 5. Februar (Eig. Drahtb.)

Im Landtag von Mecklenburg-Schwerin spielte am Mittwoch bei der Aussprache über den Staatshaushaltplan auch die Frage des Anschlusses von Mecklenburg-Schwerin an Preussen eine Rolle. Der frühere demokratische Staatsminister Dr. Möller erklärte, dass die Selbständigkeit Mecklenburgs mit seinem hohen Etat für die ministerielle Verwaltung und den Landtag nicht zu erhalten sei. Aus dieser Erkenntnis müsste rechtzeitig die Konsequenz gezogen werden. Von rechts stehender Seite, insbesondere von den Nationalsozialisten wurde als Ziel der Mecklenburger Politik die Aufrechterhaltung der Eigenstaatlichkeit des Landes bezeichnet.

SPD. Brüssel, 5. Februar (Eig. Drahtb.)

In der Kammer begann am Mittwoch die Debatte über das Budget des Ministeriums des Äusseren mit einer Rede Vanderveldes, in der er die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Russland forderte.

Nicht - so führte Vandervelde aus - dass die Sozialisten irgendwelche Sympathien für das heutige Regime in Russland hätten, aber Sympathien und Antipathien dürften bei dieser Frage keine Rolle spielen, dennsonst müsste man ja auch die diplomatischen Beziehungen zu gewissen anderen Ländern, vor allem Italien, abbrechen. Die Anerkennung Sowjetrusslands könne jedoch nur unter einem Vorbehalt hinsichtlich Georgiens in Frage kommen, dessen Unabhängigkeit Belgien seinerzeit anerkannt habe. Die Anerkennung sei auch aus wirtschaftlichen Gründen geboten. Der Hinweis auf die bolschewistische Propaganda sei hinfällig; denn die diplomatischen Beziehungen hätten keinen Einfluss auf die Stärke der kommunistischen Bewegung der verschiedenen Länder. Vor allem in Belgien werde der Verfall der Kommunistischen Partei durch die Anerkennung Sowjetrusslands ebensowenig aufgehalten werden wie in England. Auf die Lage in Russland eingehend anerkannte Vandervelde, dass sie in vielen Beziehungen katastrophal geworden sei. Trotzdem sei es falsch, die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen in der Hoffnung abzulehnen, dass das Sowjetregime in kurzer Zeit zusammenbrechen werde.

Von der Regierung wird voraussichtlich am Donnerstag auf die Rede Vanderveldes geantwortet werden.

SPD. London, 5. Februar (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag findet eine Vollsitzung der Flottenkonferenz statt, die sich mit der Frage der Unterseebootwaffe beschäftigen wird.

Die fünf Häupter der Delegationen haben am Mittwoch beschlossen, das äusserste zu tun, um dem schleppenden Gang der Verhandlungen ein Ende zu bereiten und eine Beschleunigung der Beratungen zu sichern.

SPD. Brüssel, 5. Februar (Eig. Drahtb.)

Ein ungewöhnlicher Unglücksfall, der drei Menschen das Leben kostete, hat sich in Brüssel zugegetragen.

Ein Ehepaar und sein 21 jähriger Sohn wurden am Mittwoch in ihrer Wohnung, teils am Tisch sitzend, teils neben dem Tisch auf dem Boden liegend, tot aufgefunden. Auf dem Tische lagen Spielkarten. Ein starker Gasgeruch entströmte der Wohnung. Die drei Familienmitglieder hatten in der Nacht Karten gespielt. Ein Gasleitungsrohr aus Kautschuk sprang und liess das Gas aus-

strömen, das die drei Spieler langsam einatmeten, ohne etwas davon zu merken, bis sie bewusstlos zusammenbrachen. Für die Ärzte besteht kein Zweifel darüber dass es sich um einen Unfall handelt.

SPD. Antlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett trat am Mittwoch unter Vorsitz des Reichskanzlers in eine erste Beratung über die Gestaltung des Etats 1930 ein. Der Reichsfinanzminister erstattete über den gegenwärtigen Stand der Vorbereitung des Haushalts und die sich daraus ergebenden Notwendigkeiten einen ausführlichen Bericht, dem eine eingehende Aussprache folgte. Es wurde in Aussicht genommen, am Freitag vormittag mit den Parteiführern eine Besprechung über den gleichen Gegenstand zu veranstalten.

Der bedenklichste Punkt des Sanierungsprogramms, das der Reichsfinanzminister am Mittwoch dem Reichskabinett vorgelegt hat, ist sein Vorschlag, die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung aus dem Reichsetat in der Form auszumäzern, dass die notwendigen Kredite an die Reichsanstalt von der Angestelltenversicherung und von den Landesversicherungsanstalten für zwei Jahre gegeben werden sollen. Der Finanzminister zielt also auf eine Art Zwangsanleihe bei der Invaliden- und Angestelltenversicherung.

Moldenhauers Plan ist von den Gewerkschaften aufs schärfste abgelehnt worden, und man darf erwarten, dass diese Ablehnung sowohl in der Besprechung des Kabinetts mit den Parteiführern am kommenden Freitag wie bei der Entscheidung der Reichsregierung respektiert wird. Die Gründe, die von den Gewerkschaften zur Rechtfertigung ihres Standpunktes ins Treffen geführt wurden, können jedenfalls nicht widerlegt werden. Dr. Moldenhauer geht bei seinem Plan von der Voraussetzung aus, dass von 1932 ab die Arbeitslosenversicherung in der Lage sein werde, aus eigenem die Kredite abzutragen. Der Reichsfinanzminister ist kein Hellseher. Er und niemand weiss, wie sich die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in den nächsten zwei Jahren gestalten wird. Erst eine entscheidende Besserung der Konjunktur kann eine Erleichterung bringen. Neben den grossen Fragezeichen der Arbeitsmarktentwicklung steht noch ein anderer unsicherer Faktor: Die Frage des Beitrags für die Arbeitslosenversicherung. Wird ab Juli der Beitragssatz für die Arbeitslosenversicherung auf 4 % erhöht, dann wird das Darlehen der Reichsanstalt im neuen Etatsjahr nur noch 150 Millionen Mark betragen, bei $3\frac{1}{2}\%$ steigt es auf 250 Millionen und bei einer Senkung des Beitragssatzes auf 3% auf 350 Millionen.

Angesichts der beiden grossen Unsicherheitsfaktoren kann niemand sagen, ob und wann die Reichsanstalt ihre Schuldenlast bei der Angestellten- und der Invalidenversicherung nach zwei Jahren restlos abdecken könnte. Beide Versicherungszweige können sich daher unmöglich in das gewagte Manöver eines Pumps für die Reichsanstalt einlassen. Reichshilfe ist neben Beitragserhöhung der einzige Ausweg aus den Schwierigkeiten.

SPD. Bukarest, 5. Februar (Eig. Drahtb.)
Der Expresszug Bukarest-Jassi wurde am Mittwoch auf freier Strecke von Banditen ausgeplündert. Der Zug hielt infolge eines aus ihm heraus erfolgten Alarmsignals. Als Maschinisten und Zugführer nach dem Alarmgrund forschten, zeigte sich, dass eine Räuberbande mittlerweile in den Packwagen eingedrungen war. Es entstand eine Panik. Die Banditen benutzten diese Gelegenheit, nunmehr auch in den einzelnen Abteilen Gepäck zu stehlen und fortzuschleppen. Eine Verfolgung der Banditen war unmöglich, da die Räuber die Reisenden durch ein anhaltendes Revolverfeuer in Schach hielten.

Vor drei Tagen erst wurde auf der Strecke Bukarest-Temesvar ein Personenzug ausgeplündert. Die Raubüberfälle auf Eisenbahnzüge haben seit einem Jahr auf dem Balkan bedrohliche Formen angenommen.

SPD. Der Strafgesetz-Ausschuss des Reichstags hat am Mittwoch die zweite Beratung der Republikschutzgesetzes abgeschlossen.

Der Antrag, die Gültigkeitsdauer des Gesetzes auf drei Jahre zu begrenzen wurde abgelehnt. Das Republikschutz-Gesetz gilt deshalb bis zum Inkrafttreten des neuen Strafgesetzbuches.

SPD. Paris, 5. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Kommission für die endgültige Regelung des Ostreparationen ist am Mittwoch unter dem Vorsitz des französischen Arbeitsministers Loucheur in Paris wieder zusammengetreten.

In der Eröffnungssitzung erklärte Loucheur, die Aufgabe der Konferenz sei in der Haager Vereinbarung genau umschrieben: es gelte die dort festgelegten Prinzipien, die bereits volle bindende Kraft hätten, zu einem regelrechten Vertragstext auszuarbeiten. Es handle sich vor allem um die Festlegung der praktischen Durchführungsbestimmungen folgender vier Punkte:
1. Abkommen zwischen Ungarn und Rumänien, 2. Schaffung einer Sonderklasse für die Optanten-Entschädigungen, 3. Schaffung der Garantie-Kasse für die Abdeckung der ungarischen Reparationszahlungen nach Ablauf des Moratoriums, 4. Ausarbeitung des Vertragstextes über die Regelung der Vergangenheit.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 5. Februar (Eig. Ber.)

Der Preussische Landtag erledigte am Mittwoch zunächst kleinere Vorlagen und verabschiedete in zweiter und dritter Lesung einige Eingemeindungs- und Umgemeindungsgesetze. Dann wird die zweite Lesung des Etats des Finanzministeriums mit der Einzeltitelberatung zu Ende geführt.

Es folgt die erste Lesung eines Landwirtschaftskammergesetzes. Der Entwurf sieht als grundsätzliche Neuerung die Zuziehung der Arbeitnehmervertreter zu den Landwirtschaftskammern vor.

Abg. Dermietzel (Dtn.) bezeichnet den Zeitpunkt der Umorganisation als nicht gerade glücklich. Eine einheitliche Regelung für das Reich sei vorzuziehen. Gleiche Änderungen müssten dann auch für Handwerks- und Handelskammern kommen.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger begründet den Entwurf: Lediglich aus gesetzestechnischen Gründen sei die Form eines neuen Gesetzes gewählt. Solange das Reich von seinem Rechte aus der Reichsverfassung keinen Gebrauch mache, bleibe das Recht der Länder unbeschränkt, in der Sache der Berufsvertretungen selbst gesetzgeberisch vorzugehen. Ein Reichsgesetz sei noch nicht geplant. Das Gesetz wolle auch die Arbeiter zur Vertretung in den Landwirtschaftskammern vorsehen und werde damit eine Lücke ausfüllen. Er hoffe, dass das Haus seinem Entwurfe zustimmen wird.

Abg. Helpers-Brinkum (DVP) äussert Bedenken gegen den Entwurf, da diese Materie besser einer reichsgesetzlichen Regelung unterzogen werde. Gegen den Entwurf seien übrigens auch alle Landwirtschaftskammern.

Abg. Brandenburg (Soz.):

Trotz unserer Freude, dass die Landarbeiter in den Kammern vertreten sein sollen, sind wir nicht zufrieden. Man hat den Eindruck, als habe man, um die Landarbeiterschaft zufriedenzustellen, einige Konzessionsschulzen aufgenommen. Die Regelung entspricht nicht im entferntesten der Begründung des Entwurfes, der den Landarbeitern ein Drittel der Sitze zubilligen will, ganz abgesehen davon, dass nach den verfassungsrechtlichen Bestimmungen in der Frage der berufsständischen Vertretung die Arbeiterschaft gleichberechtigt mit den Unternehmern sein soll. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Wir haben nichts gegen die vorgesehene Einbeziehung der Arbeitgebersöhne und -töchter in die Kammern, sofern sie mitarbeiten. Aber sie gehören nicht in das Arbeitnehmerdrittel, sondern in die Unternehmergruppe. (Sehr wahr! bei den Soz. - Lebhafter Widerspruch und Zwischenrufe rechts.) Sie fühlen sich sozial nicht als Landarbeiter, sondern als Arbeitgeber. Ausserdem lehnen wir das Wahlrecht für Landfrauen ab, oder aber wir verlangen dasselbe für die Landarbeiterorganisationen. Eine weitere Frage von grundsätzlicher Bedeutung ist die der Wahl. Wie sollen die Träger der Wahlgruppen aussehen? Wir halten es für selbstverständlich, nur anerkannten Berufsvereinigungen das Recht zur Ernennung der Vertreter bzw. das Aufstellen von Listen zu geben. Der Gedanke, dass jeder Skatklub zum Aufstellen von Listen berechtigt wäre, ist für uns unerträglich. (Sehr wahr! bei den Soz. - Zwischenruf rechts: Und was wird mit den Wirtschaftsfriedlichen?) Die Wirtschaftsfriedlichen haben wir nie zu den Arbeitnehmerorganisationen gezählt. Diese Gelben, die für uns nur Lakaien oder Unternehmerknechte sind, mögen sie bei der Unternehmergruppe Sitze einräumen, wenn sie solchen Wert darauf legen. (Sehr wahr! bei den Soz.) In dieser Frage sollte man sich das Vorgehen von Bayern, Sachsen und Thüringen zum Vorbild nehmen, wo nur Vertreter anerkannter Berufsorganisationen in die Kammern hineinkommen.

Wir wenden uns ausserdem gegen die Bestimmung, dass die Amtsdauer der Kammer sechs Jahre betragen soll. Wir halten vier Jahre für völlig ausreichend.

Im übrigen müssten die Richtlinien nicht nur für die Landwirtschaftskammern, sondern auch für die Preussische Hauptlandwirtschaftskammer Geltung haben, und sie sollten auch richtunggebend für die kommende Reichslandwirtschaftskammer sein.

Die Beschlüsse, die der Staatsrat als gutachtlicher Faktor zum Landwirtschaftskammergesetz gefasst hat, sind für uns völlig unannehmbar. Der Staatsrat zeigt sowieso das verhängnisvolle Bestreben, sich genau so reaktionär zu zeigen wie die frühere Preussische Erste Kammer. Die Herren von rechts sollten daran denken, dass eine gleichberechtigte Hinzuziehung der Landarbeiterschaft zu den Landwirtschaftskammern nur der Landwirtschaft selbst dienen kann. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Der Entwurf wird schliesslich einem eigens für diesen Zweck gebildeten Ausschuss von 29 Mitgliedern überwiesen. Das Haus verabschiedet dann noch in zweiter und dritter Lesung den Gesetzentwurf über die Preussische Staatsbank und ebenfalls in zweiter und dritter Lesung den Gesetzentwurf über die Erweiterung der örtlichen Zuständigkeit der Altonaer und der Hamburger Polizeibeamten. Hierauf vertagt sich das Haus auf den 17. Februar.

Alis aller Welt

Alis Abenteuer und die KPD.

Entdeckung eines Geheimdienstes der KPD. - Falsche Kurierpässe - Die anderen Wesselattentäter in Prag versteckt?

SPD. Durch das Geständnis des in Berlin verhafteten "Alis", das Attentat auf den nationalsozialistischen Studenten Wessel verübt zu haben, und durch die Ermittlungsarbeit der politischen Polizei ist der politische Hintergrund jenes Attentates jetzt absolut deutlich. Bereits vor einer Woche wurde es der politischen Polizei klar, dass die Täter mit kommunistischer Hilfe verborgen gehalten wurden. Höbler, der Haupttäter, ist zwar in Berlin verhaftet worden, war aber inzwischen mit einem falschen Pass in einer grauen Limousine bis zur tschechischen Grenze bei Philippsdorf und von dort in Begleitung des kommunistischen Geheimkuriers Viktor Drewinitzki nach Prag transportiert worden. Dort wurden beide von der tschechischen Roten Hilfe empfangen, die u.a. für die Einquartierung Höblers bei einer kinderreichen Arbeiterfamilie sorgte. Merkwürdigerweise kehrte aber Ali nach einigen Tagen wieder unter Umgehung der Grenzkontrolle nach Deutschland zurück und erschien am 3. Februar in Berlin, wo ihn die Polizei verhaftete. Einen Tag später wurden Willy Sander und Theodor Will, beides Mitglieder der KPD. und Inseratenaquisiteure kommunistischer Blätter, die die Besitzer der grauen Limousine sind, festgenommen. In den Villen von Will und Sander in Glienicke bei Hermsdorf fand man auch den falschen Pass Alis, der dort, zusammen mit dem anderen Täter "Erwin", acht Tage lang wohnte. Am Abend von Alis Abreise nach der Tschechoslowakei wurde festlich Abschied gefeiert. Am 5. Februar ist dann in Spandau auch der kommunistische Kurier und Parteisekretär Drewinitzki verhaftet worden.

+ + +
Dammbruch bei Schneidemühl. Nahe dem Orte Jastrow bei Schneidemühl brach beim Kraftwerk Flederborner Mühle der Staudamm. Mit donnerartigem Getöse wälzten sich ungeheure Wassermassen durch das entstandene Loch flussabwärts. Das Gelände links und rechts des Küddowflusses wurde überschwemmt. Durch Alarmierung der Belegschaften benachbarter Stauwerke war es möglich, die Staubecken von Bethkenhammer und Borkendorf für die Aufnahme der wilden Wasser frei zu machen. So wurde eine noch grössere Katastrophe verhindert. Trotzdem beläuft sich der angerichtete Schaden auf über 2 Millionen Mark, da ungefähr 8 Millionen Kubikmeter Wasser freiflossen. In einem benachbarten Dorf wurde eine Eisenbetonbrücke fortgerissen, Strassforth ist vollkommen überschwemmt. Die Bewohner mussten sich auf die Dachböden flüchten. In diesem Dorf und in anderen Ortschaften ertrank auch viel Vieh und Geflügel. Viele Bäume unterspülter Wälder fielen um. Selbst in Schneidemühl stand die Promenade unter Wasser. Menschen sind nicht ertrunken. Die in Gefahr befindlichen Personen konnten sich auf Dachböden flüchten oder in Booten retten. In dem leer gewordenen Staubecken sammeln die aus allen Richtungen herbeigeeilten Dörfler die toten Fische, die den Boden bedecken. Im Laufe der sofort angestellten Untersuchung ist festgestellt worden, dass unterirdische Quellen, die offenbar zum Dammbruch führten, bereits seit längerer Zeit bekannt waren.

+ + +
D=Zug=Lokomotive explodiert. Eine schwere Explosion ereignete sich durch Platzen des Rauchrohrs im Passau-Wiener Nachtschnellzug in der Nähe von St. Pölten. Durch den Druck wurden der Maschinenführer und der Heizer herausge-

schleudert. Später fand man sie auf den Gleisen. Der Heizer war tot, der Lokomotivführer schwer verletzt. Durch das Entweichen des Dampfes blieb der Zug automatisch stehen, sodass eine grössere Katastrophe verhindert wurde. In der nächsten Station hatte man sich bereits gewundert, dass der Zug trotz freier Durchfahrt stehen blieb. Mit einstündiger Verspätung brachte eine Hilfslokomotive den Zug schliesslich nach Wien.

+ + +
Zucker aus Holz. Eine Gesellschaft zur Auswertung der Patente von Professor Bergius Heidelberg, der ein Verfahren entdeckte, wonach Zucker aus Holz hergestellt werden kann, wurde in der Tschechoslowakei begründet.

+ + +
Amerikanischer Bankkrach. Fünf Banken in Rutherford (Karolina) haben ihre Zahlungen eingestellt. Ihr Kapital beträgt mehr als 2½ Millionen Dollar.

+ + +
Die ersten Deutsch-Russen in Rio. Die am 16. Januar mit der "Monte Olivia" von Hamburg ausgereisten 190 deutsch-russischen Auswanderer sind in Rio de Janeiro eingetroffen. Unterwegs wurden zwei Kinder geboren.

+ + +
Razzia auf Sandowski. Der aus der Strafanstalt Berlin-Tegel ausgebrochene Juwelendieb Herbert Sandowski ist in der Umgegend von Berlin bereits gesichtet worden. Leute, die ihn erkannten und festnehmen lassen wollten, entkam er im dichten Nebel. Die Polizei lässt von zahlreichen Beamten die im Norden Berlins gelegenen Wälder bis nach Oranienburg durchsuchen. Alle Fahrzeuge werden kontrolliert, alle unbekannt Passanten auf Ausweise geprüft. In Zühlsdorf Krs. Niederbarnim wurde Sandowski von mehreren Landjägern verfolgt, konnte aber den Rand eines Waldes erreichen und im Gebüsch wieder unsichtbar werden.

+ + +
Aufgelaufenes U=Boot. Das amerikanische U=Boot "U 3" ist in der Nähe des Leuchtschiffes "Whalback" vor New York auf Grund gelaufen, konnte aber gehoben und abgeschleppt werden.

+ + +
Gerichtsdieners als Dollarmillionär. Franz Leigner, Zustellungsbote beim Ungvarer Divisionsgericht in Prag, wurde von der amerikanischen Gesandtschaft benachrichtigt, dass sein vor kurzem in New York verstorbener Bruder ein Vermögen von 35 Millionen Dollar hinterlassen hat. Anteilhaber an dem ungeheuren Vermögen sind ausser dem Boten noch einige seiner Verwandten in der Tschechoslowakei.

+ + +
Schiff im Dunkel. Der in New York eingetroffene Riesendampfer "George Washington" hatte während seiner Ozeanüberfahrt ab Kanal so schwere Stürme zu bestehen, dass 15 Passagiere verletzt wurden, die Steuervorrichtung eine Stunde lang versagte und wegen einer Störung der Lichtmaschinen überhaupt kein elektrisches Licht gebrannt werden konnte. Der vorhandene Strom reichte nur für die Signallichter.

+ + +
Explosion auf "Karl Marx". Durch schlagende Wetter kam es auf der Grube "Karl Marx" im Donezgebiet (Russland) zu einer Explosion, die acht Menschenleben forderte. Zwei Bergarbeiter wurden schwer verletzt.

+ + +
Todesurteile gegen Steuerhinterzieher. In Kimry (Russland) wurden zwei Inspektoren des Finanzamtes und fünf Kaufleute wegen Bestechung und Steuerhinterziehung zum Tode verurteilt. Die Kaufleute hatten die Inspektoren bestochen und zum Ausgleich ihre Steuern niedriger angesetzt.

+ + +

Ist Frau Romaschka Brandstifterin?

Das Mysterium der Kindesentführung von Hohen - Böllenstedt.

Die fünffache Kindesentführung in Hohen-Böllenstedt, die ein kommunistischer Freund der Frau Romaschka in Szene gesetzt hat, hat inzwischen eine etwas mysteriöse Aufklärung gefunden. Es stimmt, dass der Mann der Romaschka, die wegen einer anzutretenden Strafe von der Polizei gesucht wird, mit einem Brief nach Berlin gelockt worden ist. Er gab bei seiner Vernehmung jedoch zu, dass er eigentlich mit der Entführung seiner Kinder ganz einverstanden wäre. Es bestätigt sich auch, dass die Kinder in dem kommunistischen Jugendheim Kuhmühle im Kreise Wittstock Aufnahme fanden. Warum sie aber heimlich entführt werden mussten, ist immer noch nicht klar.

Ueber die Persönlichkeit des Bauern Romaschka wird bekannt, dass er nach dem Kriege nicht nach Russland zurückkehrte, weil er Gegner der Bolschewisten war. Er arbeitete als Schlosser in Berlin und traf dort die Tochter seines ehemaligen Arbeitgebers, des Gutsbesitzers Gesting, bei dem er während des Krieges gearbeitet hatte und die er heiratete. Die Familie Gesting und ganz Hohen-Böllenstedt waren über diese "nationale Schmach" entsetzt. 1923 starb Vater Gesting. Wilhelmine Romaschka erbt den Hof und übernahm mit ihrem Mann die Bewirtschaftung. Die Romaschkas machten sich daran, den sehr heruntergekommenen Hof in die Höhe zu bringen. Es ging mal besser, mal schlechter, bis im Dezember 1928 Scheune und Stallung vom Feuer vernichtet wurden. Ausser Vieh und Maschinen konnte nichts gerettet werden. Die Hohen-Böllenstedter sahen mit den Händen in den Hosentaschen dem Feuer zu.

Die Romaschkas beschuldigte man der Brandstiftung, den Mann nahm man in Haft. Im Februar 1929 brach im Wohnhaus abermals ein Feuer aus. Diesmal wurde der Brand so zeitig entdeckt, dass Brandstiftung einwandfrei festzustellen war. Auch die Frau Romaschka wanderte ins Gefängnis. Das "ganze Dorf" war sich einig, dass nur die Frau den Brand angelegt habe. Die fünf Kinder kamen in die Obhut der Grossmutter. In der Zwischenzeit wurde das Haus ausgestohlen. Im Mai 1929 standen Mann und Frau Romaschka vor dem Schwurgericht. Die Beweisaufnahme ergab einen völligen Zusammenbruch der Anklage wegen des ersten Brandes. Die Romaschkas wurden freigesprochen. Wegen des zweiten Brandes wurde die Frau Romaschka zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Das Gericht urteilte auf Grund eines Indizienbeweises, der sich auf die Aussagen von drei Frauen stützt. Was den Verdacht der Voreingenommenheit des Gerichts aufkommen lässt, ist nicht zuletzt folgende Bemerkung im Urteil: "Frau Romaschka, die kluge, gebildete Frau hat den ihr weit unterlegenen russischen Gefangenen geheiratet und dadurch noch den Zusammenhang mit ihrer Heimat, wenn sie auch darin lebt, verloren. So ist sie, auf sich gestellt, vom rechten Wege abgewichen." Als Motiv für die Tat nimmt das Gericht an, Frau Romaschka habe mit der zweiten Brandstiftung die Unschuld an der ersten beweisen wollen. Die Art der Anlegung des Brandes entspräche durchaus dem klugen Wesen der Angeklagten.

Der Fall ist so gelagert, dass eine neue Untersuchung notwendig ist, um der Frau die Möglichkeit eines Wiederaufnahmeverfahrens zu geben.

Gewerkschaftliche Rundschau

Reich und Reichsbahn.

SPD. Das neue Reichsbahngesetz bringt auf personalpolitischem Gebiet eine Stärkung der Reichsautorität. Sie ist in erster Linie der Beteiligung der Gewerkschaftsvertreter an den Pariser Reichsbahnverhandlungen zu verdanken. Leider blieb die Heranziehung der Gewerkschaften auf die reinen Personalangelegenheiten beschränkt. Kein Wunder, wenn das neue Reichsbahngesetz in staatsrechtlicher Beziehung nicht die Verbesserungen bringt, die das Volk in seiner grossen Mehrheit erwartet hat. Trotzdem darf nicht verkannt werden, dass das neue Reichsbahngesetz gegenüber den bisherigen Zustand einige, wenn auch nur unbefriedigende Fortschritte bringt, deren Bedeutung für die Allgemeinheit und vor allem für die Eisenbahner klargelegt werden muss.

Entscheidend bleibt die Tatsache, dass die Reichsregierung es künftig in der Hand hat, die oberste Spitze der Reichsbahngesellschaft, den Verwaltungsrat, ganz nach ihrem Willen zu besetzen. Bisher war der Verwaltungsrat fast ausschliesslich aus den Kreisen des Industrie- und Finanzkapitals zusammengesetzt. Hierin muss Wandel geschaffen werden. Bei dem Versuch dazu kommt als Vorteil in Frage, dass die Mitglieder des Verwaltungsrats, die bisher für 6 Jahre ernannt wurden, künftig nur eine dreijährige Amtsdauer haben. Für den Uebergang ist im Gesetz vorgesehen, dass mit seinem Inkrafttreten die vier Ausländer aus dem Verwaltungsrat ausscheiden und an ihrer Stelle für den Rest ihrer Amtsdauer vier neue Mitglieder ernannt werden. Im übrigen bleibt es bei der turnusmässigen Erneuerung des Verwaltungsrates.

Die Befugnisse des Verwaltungsrates sind so ziemlich gleichen wie bisher. Jetzt tritt noch hinzu die Genehmigung der allgemeinen Bestimmungen über die Rechts-, Dienst- und Besoldungsverhältnisse des Personals. Neu festgelegt ist ferner, dass der Verwaltungsrat, dem die Ermächtigung zur Aufnahme von Anleihen und Krediten vorbehalten ist, auch allein die Bestellung von Hypotheken als Sicherheit zu genehmigen hat. Neu ist ferner die Bestimmung, dass die Reichsregierung einen ständigen Vertreter delegieren kann, der an den Sitzungen des Verwaltungsrates und seiner Ausschüsse - allerdings ohne Stimmrecht - teilnimmt.

Von besonderer Bedeutung ist die Bestellung des Generaldirektors. Sie erfolgt wie bisher durch den Verwaltungsrat; neu ist, dass die Wahl nach Fühlungnahme mit der Reichsregierung erfolgt. Die Reichsregierung hat also keinen direkten Einfluss und auch kein Abberufungsrecht. Sie kann nur in kritischen Fällen vom Verwaltungsrat verlangen, dass er über die Entlassung des Generaldirektors einen Beschluss herbeiführt.

Einige Neuerungen sind auch in den Bestimmungen über das Aufsichts- und Auskunftsrecht der Reichsregierung gegenüber der Gesellschaft getroffen worden. Es bleibt dem Reich gegenüber der Gesellschaft grundsätzlich die Aufsicht darüber, dass die Reichseisenbahnen gemäss den Gesetzen und entsprechend den Anforderungen des Verkehrs sowie der deutschen Volkswirtschaft verwaltet werden. Das Aufsichtsrecht bezieht sich ferner auf die Betriebssicherheit - ein Gebiet das ebenfalls in erheblichem Umfange eine Einwirkung ermöglicht. Vorbehalten ist der Reichsregierung insbesondere die Genehmigung zur Ausdehnung oder Einschränkung der elektrischen Zugförderung und zu Systemänderungen im Sicherungswesen, die Genehmigung zum Erwerb von anderen Unternehmungen oder zur Beteiligung an solchen, weiter die Mitwirkung bei Aufstellung der Tarife und der Fahr-

pläne des Personenverkehrs, sowie die Genehmigung zur Abschaffung einer bestehenden Wagenklasse. Eine Tarifänderung hat stets die Genehmigung der Reichsregierung zur Voraussetzung. Wird die Genehmigung versagt, dann kann die Gesellschaft das vorgesehene besondere Reichsbahngericht anrufen, dessen Entscheidung endgültig ist. Die Reichsregierung kann schliesslich auch von sich aus eine Aenderung der Tarife beantragen.

Das Auskunftsrecht der Reichsregierung ist gegenüber dem bisherigen Gesetz ebenfalls erweitert worden. Die Reichsregierung kann von der Gesellschaft jede Auskunft finanzieller Art sowie jede weitere zur Ausübung des Aufsichtsrechtes erforderliche Auskunft verlangen. Darüber hinaus ist der Reichsverkehrsminister berechtigt, im gesamten Netz der Gesellschaft alle Anlagen und Dienststellen zu besichtigen und mit seinen Beamten besichtigen zu lassen. Die Gesellschaft ist verpflichtet, dem Reichsverkehrsminister alle wichtigen Verfügungen allgemeiner Art mitzuteilen. Die Regierung kann jederzeit die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung der Gesellschaft nachprüfen lassen. Das Organisationskomitee hat ausdrücklich festgestellt, dass das Recht des Reiches hier nicht auf eine einfache Prüfung der rechnerischen Uebereinstimmung zwischen den Zahlen der Bilanz der Gewinn- und Verlustrechnung und der Buchungen beschränkt ist. Es besteht vielmehr das Recht zu einer Prüfung auch nach der wirtschaftlichen Seite.

Das neue Reichsbahngesetz bietet, wie man sieht, trotz aller Mängel eine Reihe von Handhaben zur engeren Verbindung der Reichsbahn-Gesellschaft mit dem Reich. Die Möglichkeit besteht, den grössten Betrieb des Reichs und das wertvollste Eigentumsstück der Republik wieder uneingeschränkt in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Die gegebenen Handhaben können viel bedeuten, wenn ein ernster Wille - der in der Vergangenheit leider oft vermisst wurde - für das Reich eintritt. Notwendigkeit ist vor allem eine Aenderung der bisherigen einseitigen Zusammensetzung des Verwaltungsrates. Nur dadurch wird eine Aenderung der bisherigen Reichsbahnpolitik möglich. Hier ist der Hebel anzusetzen, und zwar ohne Verzögerung.

SPD. Im Reichsarbeitsministerium wird zur Zeit eine Erhebung über die bisherigen Wirkungen des Betriebsrätegesetzes durchgeführt. Zu diesem Zweck wurde vom Ministerium an die Gewerkschaften und die Unternehmerorganisationen ein Fragebogen gesandt, um einen Ueberblick über die Bewährung des Gesetzes zu erhalten. Die Ergebnisse der Erhebung dürften kaum vor Ende des Jahres vorliegen.

Die kommunistische Presse ist mit ihrem Urteil über diese Erhebung schon jetzt fertig. Für sie besteht der Zweck der Erhebung lediglich in einer Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes. Wie wir dazu aus dem Büro des ADGB erfahren, ist die Rundfrage des Arbeitsministers auf einen einstimmigen Beschluss des Reichstages zurückzuführen. Sie soll nur die Unterlage für die Ausarbeitung einer Denkschrift schaffen, die dem Reichstag vom Reichsarbeitsminister vorgelegt werden muss. Von einer Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes kann keine Rede sein, im Gegenteil; auf Grund der durch die Rundfrage etwa festgestellten Mängel muss eine Verbesserung des Betriebsrätegesetzes erstrebt werden.

Eine Verlängerung der Amtsperiode oder die Möglichkeit einer Teilwahl (jedes Jahr ein Drittel oder die Hälfte) würde keine Verschlechterung der Situation der Betriebsräte darstellen, im Gegenteil: in den Jahresberichten der Gewerbeaufsicht wird immer wieder hervorgehoben, dass die Betriebsräte sich vor allem in den grossen Betrieben und namentlich dann bewähren, wenn sie möglichst wenig wechseln, d.h. wenn sie Zeit haben, sich mit ihren Aufgaben genügend vertraut zu machen.

Die neuen Jahresberichte der Gewerbeaufsicht geben vor allem Aufschluss über die Wirkung der Abänderung des Betriebsrätegesetzes durch das Gesetz vom 28. Februar 1928. Diese Abänderung sah folgende Regelung vor: "Die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer und die Gewerbeaufsichtsbeamten haben

das Recht: 1.) beim Vorsitzenden des Arbeitsgerichts zu beantragen, einen Wahlvorstand aus den wahlberechtigten Arbeitnehmern zu ernennen, wenn der Arbeitgeber einen Wahlvorstand nicht bestellt, 2.) beim Vorsitzenden des Arbeitsgerichts zu beantragen, einen Wahlvorstand, der seiner Verpflichtung, die Wahl einzuleiten und durchzuführen, nicht nachkommt, durch einen anderen Wahlvorstand zu ersetzen und 3.) einen Strafantrag im Rahmen des § 99 des Betriebsrätegesetzes zu stellen, wenn eine Betriebsvertretung nicht vorhanden ist.

Was für Erfahrungen sind mit dieser Abänderung des DRG gemacht worden? Das Abänderungsgesetz hat zweifellos fördernd auf die Einführung bzw. Ausbreitung der Betriebsräte gewirkt. So sagt z.B. der württembergische Bericht, dass in vielen mittleren und grösseren Betrieben, in denen früher trotz Einwirkung der Gewerbeaufsicht die Wahl einer Betriebsvertretung nicht zu erreichen war, Wahlvorstände aufgestellt wurden und Betriebsräte zu stande gekommen sind. Ähnlich lauten auch die Feststellungen der übrigen Gewerbeaufsichtsberichte. Natürlich hatte die Wahlvorstandsbestellung nur da Erfolg, wo eine wohlwillige Belegschaft vorhanden war. In den Regierungsbezirken Stettin und Stralsund kam z.B. in drei Fällen nicht einmal ein Wahlvorstand zustande, da sich kein Arbeitnehmer zur Uebernahme dieses Amtes bereitfand. Auch der Hamburger Bericht betont, dass es meist mit auf das Verhalten der Arbeitnehmer zurückgeführt werden muss, wenn die Absicht des Gesetzgebers nicht immer erreicht wurde. In Sachsen wurden in den meisten Fällen die Wahlen vorgenommen; von der Gewerbeaufsicht waren aber hier nicht weniger als 1782 Aufforderungen zur Errichtung eines Wahlvorstandes durch das Arbeitsgericht angeordnet worden. Die Arbeitgeber fügten sich dann in der Regel.

Die Abänderung des Betriebsrätegesetzes vom 28. Februar 1928 hat sich durchaus zu Gunsten der Betriebsrätebewegung und vor allem zum Vorteil der Arbeitnehmerschaft ausgewirkt. Sie stellt einen Erfolg der Gewerkschaften dar. Der Erfolg wäre noch grösser, wenn die Arbeitnehmer der Betriebsrätebewegung noch mehr Verständnis entgegenbringen würden und wenn die Betriebsräte noch besser geschult wären. Diese Schulung können sie nur von den Gewerkschaften erhalten, niemals aber von den kommunistischen Schwätzern. Das grosse und das freche Maul machen es nicht, sondern nur Intelligenz und Kenntnisse.

SPD. Der sozialdemokratische Sozialminister der Tschechoslowakei hat eine ausserordentliche Hilfe in Höhe von 1 Million Kronen zur Unterstützung notleidender Tschechen im Ausland bereitgestellt.

In Deutschland leben zur Zeit 280 000 ausgewanderte Tschechen, in Oesterreich 150 000, in Frankreich 50 000.

SPD. Der vom Reichsarbeitsminister ausgearbeitete Entwurf zur Verbesserung der Kleinrentnerfürsorge kann zunächst nicht an den Reichstag und Reichsrat weitergeleitet werden, weil der Reichsfinanzminister der Meinung ist, dass alle Gesetzentwürfe, die eine neue Belastung bringen, einer genauen Nachprüfung im Finanzministerium bedürfen. Das von den Rentnern geforderte Gesetz dürfte unter diesen Umständen nicht vor März oder April verabschiedet werden.



Guter Kunstseidenexport.

(Aktive Bilanz, trotzdem höhere Zölle.)

SPD. Zu den Industrien, die den Reichstag um höhere Zölle bestürmten, gehört auch die Kunstseidenindustrie. Sie begründet die Notwendigkeit höherer Zölle mit der steigenden Kunstseideneinfuhr nach Deutschland, verschweigt aber dass die deutsche Kunstseidenindustrie stark exportiert und auch im verflorbenen Jahr einen ganz erheblichen Exportüberschuss erzielt hat. Einfuhr und Ausfuhr in Kunstseide entwickelten sich im Jahre 1929 wie folgt :

		1929	1928	1927
<u>Einfuhr</u>	in Millionen Kilogramm	9,35	8,60	9,44
	in Millionen Mark	65,25	76,31	83,89
<u>Ausfuhr</u>	in Millionen Kilogramm	8,99	6,28	4,41
	in Millionen Mark	90,47	69,15	47,40

Der Exportüberschuss beträgt im Jahre 1929 über 25 Millionen Mark. Dabei muss man berücksichtigen, dass die deutsche Kunstseidenindustrie feine Garne und feine Gewebe exportiert, während es sich bei der Einfuhr von Kunstseide nach Deutschland um grobere Sachen handelt. Im vorliegenden Fall ist aber immer die Industrie im Vorteil, die die feinere Ware herstellt. Das ist die deutsche Kunstseidenindustrie. Eine Notwendigkeit für eine Zollerhöhung liegt also nicht vor.

Die deutsche Kunstseide ist auch im Jahre 1929 zum grössten Teil nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika gegangen. Die Ausfuhr nach Amerika machte im verflorbenen Jahr 2,35 Millionen kg aus. Die Steigerung gegenüber dem Jahre 1928 beträgt fast 130%. Nun wird sich Amerika sehr wahrscheinlich gegen die Kunstseideneinfuhr durch höhere Zölle schützen. Diese höheren Zölle dürften weniger die feineren Kunstseidensorten, also weniger die deutsche Kunstseidenindustrie treffen. Allerdings werden wir mit einem Rückgang der Kunstseideneinfuhr nach Nordamerika schon im laufenden Jahr zu rechnen haben. Das liegt aber nicht an der nordamerikanischen Konkurrenz oder an den nordamerikanischen Zöllen, sondern daran, dass die beiden ausschlaggebenden Kunstseidenkonzerne in Deutschland, die Elberfelder Glanzstoffabriken und der Bembergkonzern, in Amerika Fabriken errichtet haben, die im Jahre 1930 die volle Produktion erzielen. Das wird natürlich auf die deutsche Kunstseideneinfuhr nach Nordamerika einwirken. In Wirklichkeit verwandelt sich durch diese Zusammenhänge der Gewinn beim Export in einen Dividenden- und Beteiligungsgewinn. Unfug ist es aber die deutschen Kunstseidenzölle zu erhöhen, weil der Bembergkonzern und die Elberfelder Glanzstoffabriken durch ihre besonderen Unternehmen in Nordamerika immerhin beträchtliche Gewinne machen.

SPD. Die neue Youngregelung ist gerade in Kreisen der Landwirtschaft auf Widerstand gestossen. So hat Hugenberg die Dummen für seinen Volksentscheid besonders in ländlichen Bezirken gefunden. Nun geht die Entwicklung so, dass der Landwirtschaft zuerst die Früchte des Youngplanes zugute kommen. Die Regierung wird demnächst auf Betreiben des Reichsernährungsministeriums einen Gesetzentwurf vorlegen, nach dem die Grundschuldzinsenbelastung für die Landwirtschaft ab 1. April 1930 fortfällt.

Diese Belastung ist mit der Einführung der Rentenmark verbunden. Nach der Inflation musste die neue Mark irgendwie in die Wirtschaft hereingepumpt werden. Man gab sie deshalb als Kredite an die Landwirtschaft, die dafür zu einer bestimmten Tilgung der Rentenmark (Grundschuldzinsen) herangezogen wurde. Die Aktion entwickelte sich über die Rentenbankkreditanstalt ab. Die Bestrebungen, die Landwirtschaft von ihrer Schuld zu befreien, laufen schon seit langer Zeit. Einer Verwirklichung dieser Pläne stand aber das bisherige Rentenbankgesetz gegenüber, das seinen Ursprung im Dawesplan hatte und nicht geändert werden konnte, so lange der Dawesplan bestand. Mit dem Inkrafttreten des Youngplanes kann eine Änderung im Rentenbankgesetz vorgenommen werden und das Gesetz soll so geändert werden, dass die Landwirtschaft von den Grundschuldzinsen befreit wird. Die Rentenmarktillung, die nach dem ursprünglichen Plan bis 1934 zu erfolgen hat, wird bis 1940 herausgeschoben. Die Tilgung erfolgt nicht mehr durch Zinsleistungen der Landwirtschaft, sondern aus der Beteiligung des Reiches an den Reichsbankgewinnen. Die Beteiligung des Reiches an diesen Gewinnen schätzt man auf 40 Millionen Mark pro Jahr. Die Tilgung der Rentenbankscheine würde, wenn man diesen Betrag insgesamt für die Aktion verwendet, in 10 Jahren durchgeführt sein. Ausserdem leistet das Reich Bürgschaft, dass das Kapital der Rentenbankkreditanstalt auf die Höhe von 500 Millionen Mark gebracht wird. Diese Verpflichtung hat die Rentenbankkreditanstalt beim Abschluss von Amerikanleihen übernommen. In der Praxis bürgt das Reich für einen Betrag von 40 Millionen Mark, da das Kapital der Rentenbankkreditanstalt demnächst 460 Millionen Mark ausmachen wird.

Mit der Abwicklung der Rentenmarktransaktion hat die Rentenbankkreditanstalt eigentlich ihren ursprünglichen Sinn verloren. Schon um die Zahl der Grossbankinstitute nicht noch mehr zu vermehren, wäre es angebracht, das Institut an andere Unternehmungen anzuschliessen, die auf dem Gebiet des landwirtschaftlichen Kredits tätig sind. Nach Lage der Dinge wäre die Preussenkasse berufen, die Rentenbankkreditanstalt zu übernehmen.

SPD. Auf der Jahrestagung des Reichsverbandes des deutschen Gartenbaus sprach Ministerialdirektor Dr. Bollert vom preussischen Landwirtschaftsministerium über die Probleme der Gärtnersiedlung. Der Vortragende lehnte die Idee ab, die Lage des Gartenbaus und den Markt durch Schutzzölle zu beeinflussen. Das verspräche keinen Erfolg. In der Debatte wurde ein verschärfter Zoll für die Gemüseeinfuhr nach Deutschland verlangt, da der Appell, nur deutsche Erzeugnisse zu verwerten, leider nicht auf fruchtbaren Boden falle.

Wir müssen dazu bemerken, dass der deutsche Gartenbau immer noch gegenüber dem ausländischen rückständig ist und dass er den Vorsprung leider immer noch nicht eingeholt hat. An dieser leider traurigen Tatsache können auch höhere Schutzzölle nichts ändern.

SPD. Die dem Verband sozialer Baubetriebe angeschlossenen Unternehmungen beschäftigten im Monat Dezember 1929 in 131 Betrieben 15 122 Arbeiter und Angestellte. Im Dezember 1928 hatten 134 Betriebe eine Belegschaft von 15 446 Mann. Im Dezember 1928 entfielen im Durchschnitt auf einen Betrieb 115 Mann, im Dezember 1929 dagegen 116 Mann.

SPD. Die neue Regelung auf elektrowirtschaftlichem Gebiet im Freistaat Sachsen steht jetzt vor dem Abschluss. Der sächsische Landtag wird dennächst über die Vorschläge der Regierung zu befinden haben. Sie seheneine Beteiligung der Gemeinden an den Sächsischen Werken vor, die für die Belieferung des Freistaats mit Strom ausschlaggebend sind. Zu diesem Zweck soll das Kapital der sächsischen Werke auf 200 Millionen Mark verdoppelt werden.

Die Aktion verfolgt den Zweck, die Abnehmer, die zugleich Verteiler sind, an die Produktion zu fesseln. Dafür wählt man die Kapitalbeteiligung. Zuerst hat das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) diese Politik in grosser Zügen durchgeführt, woraus ein gemischtwirtschaftliches Elektrizitätsunternehmen entstanden ist, das heute den Westen Deutschlands beherrscht und in der Elektrizitätswirtschaft mit führend ist. Dieselbe Politik verfolgte die Preussische Elektrizitäts A.-G. (Preag), als sie den Plan fasste, die beliefernten Gemeinden bis zu 26 % ihres Kapitals zu beteiligen. In Preussen und Sachsen liegen die Dinge günstiger als beim RWE, weil sich das Kapital des Stammwerkes durchweg in staatlichen Händen befindet. Die Praxis hat gezeigt, dass das Zusammenarbeiten von Staat und Gemeinden auf dem Gebiet der Energieversorgung immer ein sehr glückliches und erspriessliches war.

SPD. In letzter Zeit haben sich die Meldungen über anhaltende Schwierigkeiten auf dem Automarkt in Nordamerika stark gehäuft. Die Januarproduktion der Mitglieder der National Automobile Chamber of Commerce betrug 189 000 Einheiten; hinzu kommt die Erzeugung der Fordwerke in Höhe von 11 000 Stück. Insgesamt lag die Automobilerzeugung der Vereinigten Staaten im Januar 1930 um 30 % unter der des Januar 1929. Einen besonders starken Produktionsrückgang verzeichnet Buick mit 7000 Einheiten gegen 13 000 im Vorjahr. Ob die für den Februar erwartete Belebung des Marktes eintreten wird, erscheint im Hinblick auf die befürchtete neue Börsendepression zweifelhaft.

SPD. Wie uns unser westfälischer Mitarbeiter berichtet, ist mit einem Zusammenschluss der Siegerländer Industrie (van der Zypen-Wissen, Friedrichshütte, Bremerhütte, Charlottenhütte, Geisweider Eisenwerke) nach dem Muster der Mitteldeutschen Stahlwerke zu rechnen. Die Führung hat dabei der Ruhrtrüst, dem auch die Reorganisation der Charlottenhütte in überraschend guter Weise gelungen ist. Schwierigkeiten bestehen noch wegen der Einbeziehung der Geisweider Eisenwerke. Auf dieses Unternehmen hat der Klöcknerkonzern Einfluss. Die Klöcknergruppe scheint sich aber mit der Absicht zu tragen, die Kapazität der Geisweider Eisenwerke für die Erhöhung ihrer Ruhrquoten zu benutzen.

SPD. Der Bewilligungsausschuss des schwedischen Reichstags hat den Zusatz zum deutsch-schwedischen Handelsvertrag angenommen. Damit ist die Annahme der erhöhten Vieh- und Fleischzölle im schwedischen Reichstag gesichert.

Weizen besser, Roggen behauptet.

(Berliner Produktenbörse vom 5. Februar.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse vom Mittwoch war Weizen infolge festerer Auslandsmeldungen etwas befestigt. Am Markte der Zeitgeschäfte waren die Eröffnungsnotierungen um etwa 1 Mark höher und auch im Handel mit prompter Ware konnten sich die Kurse bei ausreichendem Angebot um etwa 1 Mark befestigen. Roggen lag am Markte der Zeitgeschäfte etwas schwächer. Im Handel mit prompter Ware wurden Stützungskäufe vorgenommen, sodass sich die Kurse behaupten konnten. Das Geschäft mit den Mühlen entwickelte sich sehr schwerfällig. Auch Mehl hatte nur sehr kleinen Markt, bei unveränderten Forderungen der Mühlen fanden nur kleine Umsätze zur Deckung des laufenden Bedarfs statt. Hafer war etwas geringer bei unveränderten Forderungen angeboten. Da sich nur wenig Exportmöglichkeit zeigte, war auch hier das Geschäft sehr schleppend.

	4. Februar	5. Februar
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	236 - 239	236 - 239
Roggen	157 - 163	157 - 163
Braugerste	160 - 170	160 - 170
Futter- und Industriergerste	140 - 150	140 - 150
Hafer	125 - 135	125 - 135
loco Mais Berlin	-	163 - 165
Weizenmehl	28,25-34,75	28,25-35,00
Roggenmehl	21,25-24,75	21,25-24,75
Weizenkleie	8,25- 8,75	8,00- 8,50
Roggenkleie	8,00- 8,50	9,00- 8,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März $251\frac{1}{2}$ und Geld (Vortag $250\frac{1}{2}$), Mai 263 und Brief (262), Juli 272 (271). Roggen März $174\frac{1}{2}$ - $173\frac{1}{2}$ (175), Mai $183\frac{1}{2}$ - $182\frac{1}{2}$ (184), Juli 185 Geld ($185\frac{1}{2}$), Hafer März 141 ($140\frac{1}{2}$), Mai $148\frac{1}{2}$ ($148\frac{1}{4}$), Juli 152 ($151\frac{1}{4}$).

SPD. Das Preussische Statistische Landesamt hat gelegentlich der Grünen Woche eine Statistik über die Milchleistung der Kühe in Preussen herausgegeben. Danach erzeugt Preussen jährlich eine Milchmenge von rund 13 Milliarden Litern (l). Davon entfallen auf Ostpreussen 1,433, Brandenburg 1,044, Berlin 0,111, Pommern 1,1, Grenzmark Posen-Westpreussen 0,164, Niederschlesien 1,216, Oberschlesien 0,41, Sachsen 0,977, Schleswig-Holstein 1,158, Hannover 2,029, Westfalen 1,215, Hessen-Nassau einschliesslich Waldeck 0,63, die Rheinprovinz ohne das Saargebiet 1,418 und die hohenhollerischen Lande 0,037 Milliarden l. Die durchschnittliche Leistung einer Kuh in Preussen wird mit 2423 l pro Jahr und pro Tag mit 8 l angegeben. Zwischen den einzelnen Provinzen bestehen grosse Verschiedenheiten. An der Spitze steht Schleswig-Holstein mit 2921 l, dann folgen Hannover mit 2751, Westfalen mit 2597, Ostpreussen mit 2588, Sachsen mit 2431, Rheinprovinz mit 2378, Pommern mit 2348, Brandenburg mit 2295, Niederschlesien mit 2164, Grenzmark mit 1918, Oberschlesien mit 1886, Hessen-Nassau mit 1798 und die Hohenzollerischen Lande mit 1605 l. In Berlin beträgt die durchschnittliche Leistung 4399 l. Das erklärt sich durch die Abmelkbetriebe der Berliner Molkereien.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S · P · D

Berlin, den 5. Februar 1930.

Der Gefangene von der Teufelsinsel.^x

SPD. Das im vorigen Herbst an der Berliner Volksbühne zur Uraufführung gelangte Stück "Die Affäre Dreyfuss" wird neuerdings auch in einer Reihe von Städten des Reiches aufgeführt. Aus diesem Anlass dürfte eine Darstellung der historischen Vorgänge, die dem Drama zugrunde liegen, für unsere Leser von besonderem Interesse sein.

Es war an einem Dezembertage des Jahres 1894. In den Strassen von Paris schrien die Zeitungshändler die neueste Sensation aus. Erregt riss sich das Publikum um die fast noch durckfeuchten Blätter. Ueberall bildeten sich Gruppen, die das grosse Ereignis besprachen.

Was war geschehen?

Das Kriegsgericht hatte den fünfunddreissigjährigen Artilleriehauptmann Alfred Dreyfus wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu Degradation und lebenslänglicher Verbannung auf die Teufelsinsel verurteilt. Gewiss nur ein Einzelschicksal: ein Mensch, der gestrauchelt war, und den nun die ganze Schwere des Gesetzes getroffen hatte. Aber das Schicksal dieses jüdischen Generalstabsoffiziers hatte bereits die ganze öffentliche Meinung Frankreichs aufhorchen lassen. Seit Wochen debattierte man den Fall. Wurde doch behauptet, dass hier eine dem Hauptmann abgünstig gesonnene militärische Clique wider besseres Wissen ein Falschurteil herbeizuführen aufs eifrigste bestrebt wäre. Gespannt hatte man seit Tagen dem Abschluss der Verhandlung entgegengesehen. Der Jude im Generalstab sollte unmöglich gemacht werden. Würde es das Gericht wagen?

Nun war das Ungewisse Tatsache geworden. Aufgrund zweier, von dem Obersten Henry und dem Oberstleutnant Paty du Clam beigebrachter Schriftstücke hatte der Gerichtshof entschieden, dass der Held dieses Prozesses mit der deutschen Botschaft in Verbindung gestanden habe. Ehrenrührigster Landesverrat, strengste Bestrafung. Der Hauptmann selbst hatte das harte Urteil mit Ruhe entgegengenommen. Beim Abschied rief er dem Gericht zu, dass dieser Infamie ein Rächer erstehen würde. Und ging in die Verbannung. Nach Cayenne, der französischen Insel in Südamerika.

Aber damit war der "Fall Dreyfus" nicht erledigt. Erst vereinzelt, dann stärker begann sich das öffentliche Gewissen zu regen. Stimmen wurden laut, die von einem Justizirrtum sprachen. Doch auch die Gegenseite blieb nicht stumm. Sie, die das offizielle Frankreich verkörperte, war sogar sehr mächtig. Und von dieser Macht machte sie weitgehendsten Gebrauch. Als schlechte Patrioten wurden die hingestellt, die für den Verbannten das Wort ergriffen... Dennoch ging die Diskussion weiter. Nach zwei Jahren war man so weit, dass ein Oberst Picquart öffentlich die Behauptung tat, ein Major Esterhazy hätte im Prozessverfahren eine Unterschrift von Dreyfus gefälscht. Prompt wurde der unbequeme Oberst unschädlich gemacht; man versetzte ihn nach Tunis zur Kolonialarmee. Jetzt nahmen sich drei Männer der Sache an, deren Namen in Frankreich später "unsterblich" geworden sind: Emile Zola, Anatole France, Georges Clémenceau. Erst vor-

sichtig, dann in immer schärferen Artikeln ging Zola im "Figaro" ins Zeug. Die Jugend des Landes rief er zum Kampf um die Gerechtigkeit auf. Revision des Urteils durch ein Zivilgericht forderte er. Die Folgen waren grosse Demonstrationen gegen den von den Klerikalen ohnehin schon böse gehassten Dichter. Zola und seine Freunde liessen sich nicht abschrecken. Vier Jahre nach der Verurteilung, im Januar 1898, holte der Dichter zu einem grossen Schlage aus. Er richtete ein offenen Brief an den Präsidenten der Republik, beschuldigte eine Reihe hoher Militärs der bewussten Rechtsbeugung und forderte ein Einschreiten gegen sich.

Jetzt kam ganz Frankreich in Bewegung. Zwei grosse Heerlager bildeten sich (Und das Ausland verfolgte mit ebenso lebhafter Anteilnahme die Entwicklung der Dinge.) Der Mob wurde gegen die Wahrheitssucher aufgeboten. Die Freunde des Rec waren ihres Lebens nicht mehr sicher. Aus der Presse der Gegner und von den Kanzeln der Kirche wettete es gegen sie. Zola kam vors Gericht. Wieder ein grosse Sensationsprozess. Lärmende Tage. Ein erregtes Hin und Her. Seinem Verteidiger, dem Anwalt Labori, wurde auf dem Wege zum Gericht hinterrücks eine Kugel in die Schulter geschossen. Ergebnis für Zola: ein Jahr Gefängnis, 3000 Frs. Geldstrafe und Streichung aus der Ehrenlegion! Im Berufungsverfahren wurde das Urteil auf zwei Monate ermässigt und 7000 Frs. Geldstrafe. Auf Anraten Clémenceaus und (noch ein grosser Name) von Jean Jaurès verliess Zola Paris und ging nach London. So konnte das Urteil nicht vollstreckt werden. Vorsichtiger als der grosse Dichter arbeiteten seine Freunde im Lande weiter.

Nach Verlauf eines weiteren Jahres waren sie erfolgreich. Dem Obersten im Generalstab Henry waren schimpflichste Sachen nachgesagt worden. Die Behörde kam um eine Untersuchung nicht herum; die Situation wurde peinlich, und -Oberst Henry, der wichtige Zeuge im Dreyfus-Prozess, schnitt sich im Untersuchungsgefängnis mit einem Rasiermesser die Kehle durch. Das war wieder eine Sensation! Jetzt erklärten sich die Radikalen für eine Revision des Prozesses. Im Juni 1899 hob das oberste Gericht das Urteil gegen den auf der Teufelsinsel schmach tenden, von seiner Familie getrennten Hauptmann auf und berief diesen nach Frankreich zurück. Auch Zola kam aus London. Doch das Gericht war in einer üblen Lage. Die Affäre des Hauptmanns war mittlerweile ein politisches Problem geworden. Zudem stand das Prestige der französischen Rechtssprechung vor der Welt aufgerollt. Ergebnis: mildernde Umstände zehn Jahre Gefängnis. Und vier Tage später die Begnadigung durch den neuen Präsidenten Loubet. Durch eine allgemeine Amnestie ward auch Zola von seiner noch ausstehenden Strafe entbunden.

Doch das war nicht im Sinne der Begnadigten. Scharf wetteten sie und ihre Freunde gegen diese Art Justiz. Aber erst beinahe sechs Jahre später, im Jahre 1906, wurde Alfred Dreyfus, der fast fünf Jahre auf der Teufelsinsel zugebracht hatte, also zwölf Jahre lang um seine Unschuld kämpfen musste, durch eine Revisionsverhandlung rehabilitiert. Er wurde zum Major befördert und in die Reihe der Ritter der Ehrenlegion gestellt. Im Kriege tat er seine Pflichten im Felde. Als Oberst kam er heim.

Am 24. November 1929 starb in Paris ein einsamer Mann. Es war Georges Clémenceau. Unter den vielen offiziellen Persönlichkeiten, die gekommen waren, dem "Tiger" in seiner letzten Stunde nahe zu sein, stand, in dankbarer Erinnerung an vergangene Zeiten, still ein gebückter Mann. Es war Alfred Dreyfus. Siebzigjährige Zola, Jaurès, France und die andern Kämpfer aus jenen Tagen sind schon länger vom Schauplatz abgetreten.

+ + +

Das ist die Geschichte jenes interessanten Sensationsprozesses, der die gesamte europäische Welt einstmals viele Jahre beschäftigte, und der wieder in unsern Tagen in einem Bühnenstück die Blicke der Zeitgenossen nach rückwärts zieht.

J.K.

Die letzte Parade.^x

Von Roland Dorgelès.

SPD. Roland Dorgelès, der den Kriegsroman "Die Holzkreuze" geschrieben hat erhielt vor kurzem den Goncourt-Preis zuerkannt, eine der höchsten Ehrungen, die das literarische Frankreich kennt. Die nachstehende, im Auszuge wiedergegebene Arbeit, die im Jahre 1923, als die Anlage der grossen Soldatenfriedhöfe beendet war, geschrieben wurde, ist eine der charakteristischsten des bekannten französischen Schriftstellers und Pazifisten.

Nein, der Krieg ist noch nicht zu Ende. Auf den Schotterstrassen an der Front defilieren die Soldaten noch, und man spürt noch immer das Zucken der Erde unter den Rädern der mit Truppen beladenen Lastwagen. Gespensterhafte Schatten von Soldaten aller Regimenter, Verlaufenen jeder Waffengattung, sie verlassen als letzte die blutgetränkten Felder, auf denen wir kämpften, und marschieren den unermesslichen Friedhöfen zu... Mann neben Mann. Grab neben Grab. In Reih' und Glied. Die Hände an der Hosennaht... Mit "Augen rechts", wie zu einer grossen Musterung. Dieses Mal ist es die letzte, die letzte Parade, die Parade der Toten...

Millionen sind es von der Yser bis zu den Vogesen, die der Tag des Waffenstillstands nicht mit übermächtiger Freude belebte, und jetzt erst, fünf Jahre danach, können die Bataillone der Nachhut die letzte Revue passieren.

Nun, Soldat, der Du die Heimat wiedersehen wolltest, heute ist es so weit. Auferstehung feierst Du, im Leinentuch, der Du im Kriege alles verloren hast, dein Leben, oft sogar deinen Namen. Nichts weiss man mehr von Dir; wenn Du Glück hast, vielleicht eine Regimentsnummer... Niemand geht hinter deinem Sarge; keine Träne wird an deinem Grabe geweint.....

Als ich sie vorüberfahren, als ich die mit Särgen verstopften Massengräber sah, ergriff mich ein Schauer. Der Gedanke an den wilden Egoismus der Menschen schnürte mir die Kehle zu, und ich dachte mit Entsetzen, dass auch ich auf diesem Lastwagen mit Leichen hätte liegen und die gleiche Auferstehung hätte feiern können. Vergessen..., schlimmer als tot.....

Ueberall an der Front wühlt man die Gräber auf. Ueberall erwachen die Toten: im Dreck von Artois, im Lehm von Verdun, im Kreideboden der Champagne, im flandrischen Sand.....

Die Bahnhöfe haben wieder ihr ruhiges, provinzielles Gesicht angenommen, und auf den gleichen Bahnsteigen, auf denen die Kameraden ankamen, liegen sie jetzt friedlich nebeneinander. Die Waggonen werden beladen. Man sieht ein Schild: "40 Mann".... Es geht heimwärts.....

Diese Toten sind noch die Glücklicheren. Die ärmsten Teufel, bei denen keine Erkennungsmarke, kein Stückchen Papier sich fand, sie bleiben zurück. Die unbekannteren Toten... Sie sind es, an die ich besonders denke... Man darf sie nicht vergessen. Sich ihrer erinnern heisst: sie verteidigen, sie retten. Regimentskameraden, wenn ihr beieinander weilt, spricht von den Toten... spricht offen davon, ohne falsche Trauer, als ob sie noch lebten... Sie haben kein Grab; sie sollen es in unseren Herzen finden....

Ein einziger ist aus der Reihe der Namenlosen herausgetreten. Ich habe seinen Sarg gesehen, damals im November, als man ihn aus der Zitadelle von Verdun herausholte... Der unbekanntere Soldat... Der Abgesandte der Toten... Als die Männer ihn davonzogen, war es mir, als ob sie, wie Sankt Christoph in der Legende, unter

der Last zusammenzubrechen drohten. Eine solche Schwere an Schmerz enthielten die sechs Bretter...

Und doch: ein Held ist leicht: ein paar Knochen, einige Uniformfetzen...

Auf der Höhe von Paris, am Ende der prächtigen Champs=Élysées=Strasse, ruht er nun, der stumme Zeuge des grossen Mordes. Wie viele Mütter mögen an Deinem Grabe geweint haben, Kind ohne Namen....?!

Ueber der Ruhestätte dieses bescheidenen Menschen, der gewiss von einem sorgenlosen Leben und Sterben träumte, wölbt sich ein Mausoleum, ein Riesentorbogen (Etoile), dem Andenken mörderischer Schlachten (1806) gewidmet. Der Krieg dem der Unbekannte zum Opfer fiel, wacht auch über seinem Tode. Ein aufrütteln=des Sinnbild ist es: unter dem Triumphbogen liegt ein Grab....

(Berechtigte Uebertragung von Bodo M. Vogel).

Zehn Jahre Bauhaus.

SPD. Mit einer sehr instruktiven Ausstellung und einer Reihe nicht minder interessanter Vorträge, die eine ganze Woche hindurch gehalten wurden, beging das Bauhaus das Jubiläum seines zehnjährigen Bestehens. Die Ausstellung ist als Wanderschau aufgebaut; sie wird in den meisten deutschen Grosstädten gezeigt werden.

Das Bauhaus befindet sich heute seit reichlich vier Jahren in Dessau; in der Stadt seiner Begründung, in Weimar, war es durch die Angriffe der Reaktionsäre und Spiessbürger aller Schattierungen in seiner Existenz bedroht. Die Dessauer sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion ermöglichte es durch ihre Zustimmung der Stadtverwaltung, das Bauhaus nach Dessau zu holen, wo ihm durch den Bau von Gropius und durch die ausserordentliche finanzielle Hilfe eine neue und, man darf wohl sagen: bessere Heimat geschaffen wurde. Die Stadt Dessau trägt nicht nur die Kosten für Zinsen und Amortisation des etwa 1 Million Mark kostenden Baues, sondern sie leistet auch noch einen jährlichen Zuschuss von 100 000 Mark zu dem laufenden Etat des Bauhauses. Natürlich ist das Bauhaus auch in Dessau beständigen Angriffen der Reaktionsäre ausgesetzt, aber die fortschrittliche Mehrheit des Dessauer Stadtparlaments reicht vollkommen aus, um die seiner Stätte interessanter Arbeit zu erhalten.

Nach dem Ausscheiden des Gründers Professor Gropius hat der Schweizer Architekt Hannes Meyer die Leitung übernommen. Ihm stehen noch die meisten Bauhausmeister der Weimarer Zeit zur Seite; bisher sind nur Moholy=Nagy und Oskar Schlemmer (der bekannte Schöpfer des Triadischen Palletts) ausgeschieden. An berühmten Malern wirken noch am Bauhaus Kandinsky, Klee und Feininger; die Photoabteilung leitet Peterhans=Berlin. Als das Bauhaus 1925 nach Dessau übersiedelte, begann es mit 54 Studierenden. Heute sind es 190, und zwar 144 Reichsdeutsche und 46 Ausländer (aus Europa, Persien und Amerika). Die Zahl soll jedoch auf 150 beschränkt werden, um eine vollkommen individuelle Ausbildung zu sichern. Von den Studierenden, die das Bauhaus nach Abschluss ihrer Studien verlassen haben, wird berichtet, dass sie alle Stellungen in der Industrie und im graphischen Gewerbe gefunden haben.

Die Unterrichtsmethode des Bauhauses besteht zunächst einmal in einer möglichst sorgfältigen Materialkunde. Der Meister des Werkunterrichts, Josef Albers, erklärte in dem Vortrage über die Werklehre des Bauhauses, dass sie dem Studierenden das Materialgefühl vermitteln solle; alle Verwendung des Materials müsse mit seiner inneren Gesetzmässigkeit und seinem inneren Wert übereinstimmen. Dabei werden möglichst wenig Werkzeuge benutzt; die Hand soll erfühlen, was gestaltet werden soll, und das konstruktive Denken soll sich aus der Praxis der Materialbehandlung schulen. Der Werklehre fügt sich ebenso wichtig der erste Unterricht über Form und Farbe an; Professor Kandinsky, der über seinen (obli-

gatorischen) Kunstunterricht sprach, sagte gleich, dass das Bauhaus nicht das Proletariat der bildenden Künstler vermehren wolle, aber die Bauhäusler sollen durch analytisches Zeichnen und durch die Betrachtung der abstrakten Formenelemente in die Grundbegriffe der Kunst und ihrer Formen eingeführt werden. Die drei Primärfarben gelb, rot und blau werden für sich selbst und dann in Verbindung mit anderen Farben betrachtet; Kandinsky sieht in der Farbe nicht allein eine chemische Sache, sondern eine lebendige Kraft, die ganz bestimmte Spannungen zeigt. So erscheine ein gelber Kreis dem Auge grösser als ein ganz gleich grosser blauer. Diese optischen Erkenntnisse werden in Kandinskys Kunstunterricht ausgewertet, damit an die Stelle mechanischer Verwendung eine gefühlsmässig erfasste, die Elemente nach ihrem inneren Werte verwendende Arbeit entsteht. Ebenso soll das analytische Zeichnen bilden: Die Zusammenhänge zwischen den Dingen, selbst den einfachsten, sollen dargestellt, ihre Spannungen erlebt und ausgewertet werden.

Aus diesen Elementarlehren baut sich dann der weitere Unterricht zusammen. Die Weberei des Bauhauses erzieht materialkundige, materialgerecht arbeitende Textilfachleute. Um des handwerklichen Eindringens willen werden Handwebstühle verwandt. In dem Vortrag über Wohnungsausstattungen wurde gesagt, dass das Bauhaus es ablehne, einen eigenen Stil zu schaffen; es wolle lediglich den Stil unserer Zeit, wie es ihn erkenne, kultivieren. Die Ergebnisse dieser Tätigkeit des Bauhauses sind vielleicht am weitesten bekannt geworden, wenn auch der oberflächliche Betrachter darüber belehrt werden muss, dass das Bauhaus auf diesem Gebiete nicht nur Stahlrohrmöbel hervorgebracht hat! Im Gegenteil, die überaus sauber und technisch vollkommen einwandfrei gearbeiteten Erzeugnisse der Tischlereiwerkstatt verdienten es, im ganzen Reiche und darüber hinaus bekannt zu werden. Vielleicht trägt die Wanderschau dazu bei. Das Problem ist lediglich, die Serienherstellung einzuleiten, denn heute sind die Erzeugnisse des Bauhauses noch viel, viel zu teuer.

Der Dessauer Arbeiterbildungsausschuss gab dem Leiter des Bauhauses Hannes Meyer Gelegenheit, in einem besonderen Vertrage über das erste Werk des Bauhauses für die Arbeiterbewegung zu sprechen: über die Bundesschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Bernau bei Berlin. Bei dieser Gelegenheit führte er grundsätzlich über das Bauen aus, dass Bauen mit der Analysierung der Lebensvorgänge beginnen müsse, Bauen sei nichts anderes als die Organisation der Lebens Elemente einer Gemeinschaft. Dabei könne nicht jede "moderne" Form schlechthin gebilligt werden; sie könne genau so kitschig sein wie alte Formen; sondern es komme auf die Ehrlichkeit des Bauens vom inneren Zweck des Gebäudes her an. Der Architekt müsse über das Technisch-Funktionelle hinaus zum Gesellschaftlichen streben, und diese Grundideen hat Hannes Meyer dann an der Bundesschule in Bernau in aller Reinheit verwirklichen können. Es gereicht der Gewerkschaftsbewegung zur Ehre, dass sie dem Bauhaus den ersten ganz grossen Bauauftrag gegeben und so die Gelegenheit zu praktischer Bewährung der neuen Grundsätze geschaffen hat.

Sicher steht das Bauhaus noch am Anfange seiner Entwicklung. Sicher hat es wie jede völlig neue Institution, Kinderkrankheiten durchgemacht und noch durchzumachen. Aber das Wichtigste vermag es schon jetzt zu beweisen: dass man Kräfte fürs praktische Leben auf einer solchen "Hochschule für Gestaltung" besser auszubilden, zum mindesten besser für die praktische Arbeit auszurüsten vermag als auf einer Akademie alten Stiles. Die kritische Zeit wird für das Bauhaus kommen, wenn es zeigen muss, dass es bei der nun gewonnenen Stufe nicht stehen bleibt und, wie die alten Institute, auf seinem Niveau erstarrt, sondern mit der fortschreitenden Zeit selbst weiter fortschreitet.

Gerhart Seger (Dessau)

Das Antlitz der Zeit.

Ueberall und ohne Ende:
Bankeinbrüche, Dachstuhlbrände,
Dollarfälschung, Autodiebe,
Massenmörder, Mord aus Liebe,
Leichenschändung, Ueberfälle,
Nachtgespenster, Zechgeprelle,
Razzia, Visitationen,
Hochspannung, Demonstrationen,
Gifte, Bombenattentate -
Eine grausige Parade.

Sicher kann heut' keiner leben.
Zittern muss man und erbeben
Vor den lauernden Gefahren,
Die in tausend Exemplaren
In der Wohnung, auf der Strasse,
Im Gebäck, im Wasserglase,
Hinter Türen, hinter Ecken
Sich bei Tag und Nacht verstecken
Und darauf warten voll Entzücken,
Dich mit Wollust zu zerstückern.

Zu viel Menschen birgt die Erde.
Daraus wächst so viel Beschwerde.
Arbeitslose, Hungerleider,
Klassenkämpfe, Wohlstandsneider.
Tatenlose Menschenhände
Werden wilde Elemente,
Die in hemmungslosem Suchen
Diesen Lauf der Welt verfluchen,
Der so voller Unterschiede -
Und ein ew'ger Schrei gellt: Friede!

Kurt Reiss.

Pleite im Patrizierhaus.

SPD. Gustav Freytag, der deutsche Dichter, hat im Jahre 1855 - nebenbei bemerkt: mit einer selbst für damalige Verhältnisse etwas reichlich untertänigen Widmung an seinen "edlen Fürsten" - einen braven "Roman in sechs Büchern" erscheinen lassen, den er "Soll und Haben" nannte, und der das hohe Lied vom königlichen Kaufmann sang. Wir begegnen in der für den Geschmack unserer Zeit etwas langwierig anmutenden Schilderung aufrechten deutschen Männern, die, mehr um des Landes als um ihres eigenen Wohles willen, ehrbaren Handel treiben: dem grundsoliden Herrn Schröter, Gebieter über die Firma, dem regsamen, allezeit auf des Hauses Nutzen bedachten Herrn Pix, erster Disponent des Provinzialgeschäftes, dem strebsamen und erzsauberen Anton Wohlfart, der zum guten Ende nicht nur die Schwester seines Chefs als Frau heimführt und das "Mit Gott" überschriebene Geheimbuch besichtigen darf, sondern gar, höchstes Glück der Erdenkinder, zum Kompagnon des Firmenchefs avanciert. Daneben tummeln sich freilich auch ein paar mißkriegerische Schufte herum, aber die können Gott sei Dank das hehre Bild vom deut-

schon Kaufmannsgeist keineswegs trüben, denn sie sind artfremde Juden und heissen demgemäss Scheime Finkelles, Veitel Itzig, Löbel Pinkus. Der ideal gesinnte Gustav Freytag lehnte es in seinem Vorwort zwar durchaus ab, lediglich "plumpe Wirklichkeit" gestalten zu wollen, aber es ist kein Geheimnis, dass die "plumpe Wirklichkeit" des Handelshauses Molinari in Breslau dem Dichter ausgiebig Modell gestanden hat.

Viel Wasser ist seit Gustav Freytags Tagen die Oder hinab, aber leider auch in den Wein der kommerziellen Solidität der Firma Molinari hineingeflossen. Das Haus, das ehemals Gustav Freytag zu seinem Hochgesang auf bürgerliche Tüchtigkeit und weltweiten Kaufmannsblick inspirierte, ist in Konkurs gegangen, und die leitenden Männer des Geschäftes, Herr Jakob Molinari, ein Neffe von Freytags Vorbild, sowie sein Sozios und zwei Prokuristen, haben sich augenblicklich vor Gericht wegen Urkundenfälschung, Konkursvergehens und Betruges zu verantworten. Das sind recht handgreifliche Delikte, und mit königlichem Kaufmannstum hätten sie nicht viel zu tun. Was würde Gustav Freytag dazu sagen? Vermutlich würde er sich mit nicht geringerem Abscheu von dem erfolglosen Enkel eines erfolgreichen Ahnen abwenden, wie er sich von dem Veitel Itzig abwendete. Aber da übersähe er wohl, dass die Ehrbarkeit mehr eine Begleiterscheinung der Dinge als der Menschen ist. Generöse Haltung zu bewahren, war eine Kleinigkeit unkomplizierter in den ruhigen Zeitläufen der normalen Wirtschaftsperiode vor 70 Jahren, als in einer durch Krieg und Inflation aufgewirbelten Epoche. Es ist wie mit den Prinzen, Grafen, Komtessen, die wir in Vorkriegszeiten nur als Muster gesetzestreuer Staatsbürger kannten, und deren kriminelle Fähigkeiten erst seit der Verschlechterung ihrer finanziellen Situation erkennbar wurden.

Auch der Neffe Molinari hat, wie sein Onkel, in einem Patrizierhaus gewohnt und wahrscheinlich seine Geschäftsbücher "Mit Gott" geführt. Es lag nicht so sehr an ihm, dass er die Tradition verriet: es lag am Soll, das das Haben überflügelte.

Hans Bauer.

Als Primo Herr war.^x

SPD. Ich sah - es ist schon längere Zeit her - auf der Terrasse eines Cafés in Madrid. Mit einem Katalanen. Wir sprachen über Barcelona. Ich sagte:

"Wissen Sie, mir scheint, Barcelona ist die wahre Hauptstadt Spaniens."

Da fühlte ich einen eisernen Griff auf meinem Arm. Ich sah meinen Begleiter an. Er war totenbleich geworden. Seine Lippen zitterten. Ich war baff. Flüsternd fragte ich ihn: "Was ist denn los?"

"Legen Sie das Geld hin", murmelte er. Kaum hatte ich das getan, als er auch schon aufstand und mich fortzog.

"Wie können Sie nur so etwas sagen!" zischte er mich an. "Wissen Sie nicht, dass wir Katalanen Separatisten sind? Dass die Regierung uns hasst, unterdrückt und schindet? Wissen Sie nicht, dass hinter uns zwei Kriminale sassen? Gebe die Madonne, dass sie Ihren Satz nicht gehört haben! Wissen Sie nicht, dass in jeder Strassenbahn, in jedem Café, in jedem Kino Spione der Regierung sitzen und die Gespräche belauschen? Sie riskieren, mit einem solchen Gespräch sich einen sofortigen Ausweisungsbefehl zuzuziehen."

"Und das alles bloss, weil ich Barcelona, die katalanische Hauptstadt, als Spaniens wahre Hauptstadt bezeichnet habe?"

"Ja, natürlich."

"Ich lachte den Katalanen aus. Ich glaubte ihm nicht ein Wort. Aber später haben mir hunderte von Deutschen, die seit vielen Jahren in Spanien leben, bestätigt, dass mein Freund recht hatte. In Spanien Primo de Riveras durfte man nicht reden. Man hatte nicht so viel Freiheit, wie auf den Fingernagel geht. - Hier begriff ich zum erstenmal, dass Diktatur nicht nur ein Wort ist, sondern grausamste, unbarmherzigste Wirklichkeit."

Der Tod in der Wüste.

Von Ph. Macdonald.

25) Deutsche Rechte: Th. Knaur Nachfg.

SPD. Der Sergeant sah zur Sonne auf, die gerade auf das Grab und Bells Grab bezeichnete; und bedachte, wie sie vor drei Nächten im Mondlicht schwitzend an seiner Herstellung gearbeitet hatten; Sanders und er waren es gewesen, die das Werk beendet, die Leichen hineingelegt, den Sand zurückgeworfen und der Hügel aufgetürmt hatten. Sanders war dann betend zurückgeblieben. Jetzt bemerkte er, dass jemand - Sanders - ein grosses rohes Kreuz aus Palmenzweigen angefertigt hatte, das jetzt schief an einem Ende des Grabhügels lehnte.

"Wie lange sind Sie hier gewesen?"

Die schmalen Lippen bewegten sich, sprachen aber so leise, dass der Sergeant sich nach vorn neigen musste, um die Worte zu verstehen.

"Etwa eine Stunde, Herr Sergeant."

Der Sergeant sah zur Sonne auf, die gerade auf das Grab niederbrannte, da an dieser Stelle keine Zweige ihren Strahlen wehrten. "Gehen Sie lieber hinein," sagte er kurz, "schnell - und tun Sie das nicht noch mal. Sie müssen Wache auf dem Dach stehen, und das heisst genug Sonne für jeden. Gehen Sie bei Nacht hierher, wenn Sie durchaus beten müssen. Glauben Sie mir, Sie werden nicht... Sehen Sie mal, Sanders... was Sie auch immer waren, oder was aus Ihnen werden wird, jetzt müssen Sie sich immer sagen, dass Sie Soldat sind, und als solcher haben Sie, solange wir hier sind, das zu tun, was ich für das Beste halte... Das Beste ist jetzt, Wache zu halten und die Augen aufzumachen, dabei aber auch auf sich selbst aufzupassen... Sehen Sie das nicht ein? Es ist unsere Pflicht, uns so frisch wie möglich zu halten... was auch immer mit uns geschehen mag... Verstanden?"

"Zu Befehl", sagten die blassen, vom Schweiss, der plötzlich über Stirn und Wangen floss, nassen Lippen.

Der Sergeant trat näher und legte ihm eine Hand auf die Schulter. "Also denken Sie daran. Sie müssen auf sich selber achtgeben, Sanders." Sein Ton änderte sich, wurde wieder kurz. "Nun gehen Sie, legen Sie sich nieder, versuchen Sie bis zu Ihrer Wache zu schlafen. Sie haben noch zwei Stunden Zeit, erst kommt Abelson, dann ich. Gehen Sie jetzt."

Sanders verschwand, der Sergeant sah ihm nach, kratzte sich am Kopf und summte halblaut: "Wer möchte denn Soldat nicht sein, ein schneid'ger Kavalleriste", drehte dem Grab den Rücken und ging langsam zur Quelle, wo er sich schwer im Schatten einer Palme niedersinken liess. Er nahm sein Zigarettenetui heraus und prüfte den Inhalt; es waren noch zwölf Stück darin. Einen Augenblick lang zögerte er, dann nahm er eine heraus, zündete sie an und lehnte sich behaglich an den Baum zurück; den Helm rückte er sich über die Augen. Er dachte nach, in dem ewig gleichbleibenden Gedankenkreis, den er seit der Nacht nicht mehr verlassen hatte. Wie lange war es her, seit Cook und MacKay abmarschiert waren? Vier Nächte... so war es... es schien viel länger... Nein, bei Gott, es waren nur drei... sie gingen in derselben Nacht, die Hale und Bell zur letzten wurde... Was für eine Nacht... Seither musste er immer in demselben Kreis denken. Verdammt noch mal, es ging einfach nicht anders... immer rundherum, wie eine Maus im Käfig, die an einer kleinen Treitmühle arbeitet. Man konnte gar nicht anders denken... Es musste ein Kreis werden... die Oase... Cook und MacKay und ihr Ausmarsch nach Hilfe... Keine Ahnung, wo sie und die ganze verfluchte britische Armee sein könnten... Bleiben oder auch versuchen wegzukommen... Unmöglich... nicht mehr genug Proviant da ausser Datteln... keinen Schimmer, wohin man marschieren könnte... und wenn man ginge, so verfehlte man vielleicht die Truppen, die Jock und Cook zu Hilfe senden würden, wenn sie irgendwo ankämen... Viel Arabier sind es nicht, die uns hier aufhalten... können es nicht sein, da sie uns sonst längst angegriffen hätten... Also war=

ten...Wache schieben....Wasser,Datteln,Leben....Die Oase....Der Kreis war geschlossen.

Der Rauch seiner Zigarette kräuselte sich langsam in die brennende, schimmernde Luft. Auf dem Rücken wurde der Schweiß an den Stellen kalt und klebrig, die er an den Baum lehnte, aber er blieb sitzen und rauchte, während seine Gedanken wieder in der Tretmühle liefen....

In der Hütte lagen Morelli und Sanders, da Abelson jetzt auf dem Dache stand. Morelli lag, nackt bis zum Gürtel, mit ausgestreizten Armen auf dem Rücken. Sanders war mit Hemd und Hosen bekleidet, er hatte nur Helm und Patronengurt abgelegt, Er lag auf dem Bauch und stützte das Kinn in die Hände, vor ihm war eine kleine Bibel aufgeschlagen.

Der Sergeant kam herein, stellte den Karabiner in die Ecke und warf den Helm zu Boden. Dann setzte er sich mit gekreuzten Beinen auf seine Decken.

"Einen Augenblick, Sanders. Sind Sie wach, Morelli? Ich muss Ihnen mitteilen, dass nur noch eine Büchse Rindfleisch und zehn Stück Hartbrote da sind... Wir müssen anfangen, uns von Datteln zu nähren. Heute abend bekommt jeder ein Viertel der Konserve und ein halbes Stück Brot...und Datteln, morgen Brot und Datteln, dann Datteln und Brot...dann nur noch Datteln. Das wollte ich Ihnen sagen." Er streckte die Beine aus und stützte sich auf den Ellenbogen. "Tabak", fuhr er fort, "wie steht's mit Tabak? Auch das habe ich überlegt. Wollen Sie lieber behalten, was Sie haben, oder wollen wir alles zusammenlegen und rationieren?"

"Das geht nur drei von uns an", antwortete Morelli und deutete mit dem Daumen in Sanders Ecke. "Der raucht nicht...nicht wahr, Padre?...Ich meine Sie, Sanders."

"Wünschen Sie etwas von mir?" Sanders hob seine hellen leuchtenden Augen in milder Frage.

Morelli fiel auf seine Decken zurück. "O nein", fuhr er fort, "aber soviel weiss ich, frönen Sie nicht dem verächtlichen Laster des schädlichen Krautes. Narkotikum?"

"Nein", erwiderte Sanders, "ich rauche nicht." Sein Ton war entfernt und abwesend; ehe er den Satz beendet hatte, vergrub sich sein Blick schon wieder in den kleinen verwischten Druck seiner Bibel.

"Allmächtiger Gott! Ich danke sehr, Ehrwürden. Trinken tun Sie auch nicht, vermutlich...und ein Weib rühren Sie auch nicht an....Sie sind zu verdammt rein um wahr zu sein. Euere Heiligkeit...Sitz da die ganze Zeit und liest, liest, liest...betet, betet, betet...liest, betet, liest...sucht sich wahrscheinlich die saftigsten Stellen 'raus...soviel ich mich erinnern kann, sind eine ganze Menge drin...Sergeantchen! Ich wette zehn Rupien, dass er jedesmal eine Gänsehaut kriegt, wenn er das Wort "Hure" findet."

Der Sergeant setzte sich gerade. "Ruhig, Morelli", sagte er. "Lassen Sie den Mann in Ruhe." Seine Stimme klang gar nicht mehr müde, sondern schlug wie eine Peitsche durch die heisse, stagnierende Luft. "Was ist denn in Sie gefahren? Passt gar nicht zu Ihnen. Halten Sie den Mund!"

Ein tiefes Erröten färbte Morellis braunes, breits Gesicht dunkler. "Es tut mir leid", murmelte er, "es tut mir leid, Herr Sergeant...Bin wohl nicht ganz bei mir gewesen...Sie sprachen von Tabak. Ich habe vier Rollen und eine halbe Unte Pfeifentabak...Abelson hat ungefähr vierzehn Zigaretten...."

(Fortsetzung folgt.)